

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom
Buchhandel, von der Post und

Berlin, den 26. März 1919.

direkt vom Verlage
für 8.— Mk. vierteljährlich,
Mk. 30.— für das Jahr.

Unter Kuratel.

Die Früchte aus den Waffenstillstandsbedingungen vom November werden allmählich reif. Aber Deutschland pflückt sie nicht, sondern seine Feinde tun es, wie es nach der Art dieser Bedingungen ja auch nicht anders zu erwarten war. Es soll hier nicht davon gesprochen werden, daß nach dem Umfang und der Schnelligkeit des deutschen Zusammenbruches und nach den Vorbedingungen, die akzeptiert wurden, der Waffenstillstandsvertrag schlecht werden mußte. Es wäre auch gar nicht der Rede wert, wenn es sich nur um die Härte und die Schwere des Deutschland Auferlegten handelte. Aber es war doch mindestens möglich, daß die Verträge von Sachverständigen ausgehandelt und überlegt wurden. Statt dessen hat der auf allen Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens gleich unsachverständige frühere Staatssekretär und jetzige Reichsminister Erzberger alles und jedes unter seine Obhut genommen. Im Anfang war es ja wohl auch seine Auffassung, daß die Spezialgebiete von Sachverständigen diskutiert werden müssen. Aber er scheint sehr schnell von dieser Auffassung abgekommen zu sein, deren Richtigkeit ihn vermutlich erschreckt hat. Eine ganz besondere Sachverständigkeit war natürlich für den Abschluß des Finanzabkommens notwendig. Frankreich hatte einen recht gewandten Monsieur Martin zum interalliierten Finanzkommissar bestellt, und zwischen ihm und einer Reihe von deutschen Fachmännern waren die hauptsächlichsten Bedingungen für den Entwurf eines Finanzvertrages ausgearbeitet worden. Der Leiter der deutschen Finanzsachverständigen war Herr Dr. Melchior, der Mitinhaber des Hamburger Bankhauses M. M. Warburg & Co., der während des Krieges bei einer Reihe verwickelter

Verhandlungen die Interessen des Reiches ausgezeichnet vertreten hatte und erfreulicherweise vom Reichspräsidenten und dem Reichskabinett in die Führung der deutschen Friedensdelegation für Paris berufen ist. Herr Dr. Melchior und seine Kollegen hatten nicht unerhebliche Vorteile in den finanziellen Waffenstillstandsbedingungen erreicht. Der Reichsminister Erzberger kam — sah nicht, begriff nicht und unterschrieb mit dem ihm eigenen leichten Federzug ein finanzielles Abkommen, das nicht unwichtige Vorteile gegenüber den vorher verhandelten preisgab. Herr Dr. Melchior gehört leider zu den diskreten Leuten, und die Öffentlichkeit hat deshalb nicht genau erfahren, welche Vorteile vom Reichsminister preisgegeben worden waren. Aber allmählich zeigt sich für den Sachverständigen doch auch, ohne daß er genau unterrichtet ist, was wohl Gegenstand der Sorge und der Voraussicht für die ersten deutschen Finanzunterhändler gewesen sein mag.

Deutschland hat während des Krieges in zunehmendem Maße Schwierigkeiten mit der Finanzierung seiner Lebensmittel- und Rohstoffbezüge aus dem Auslande gehabt. Die Schwierigkeit bestand nicht, wie die Laienwelt vielfach annahm, in der zunehmenden Verschlechterung der Valuta, vielmehr war umgekehrt der rapide Rückgang der deutschen Wechselkurse im Ausland erst die Folge dieser Schwierigkeit. Denn Deutschland, das gern jeden Preis für ausländische Zahlungsmittel gezahlt haben würde, litt darunter daß es eben gar keine Forderungen ans Ausland hatte und daß es sehr oft vor der bitteren Tatsache stand, nicht zu wissen, woher es sich überhaupt Zahlungsmittel beschaffen sollte. Es ist ja ein offenes Geheimnis,

daß während des Krieges viel Gold von der Reichsbank ins Ausland gegeben wurde, um Zahlungsmittel zu beschaffen. Ein nicht unerheblicher Teil der Summen, die durch die deutschen Goldsammlungen gewonnen wurden, sind auf diese Weise verwandt worden. Aber dies Gold genügte nicht, um die umfangreicheren Bezüge zu decken. Und deshalb mußten — zu teilweise recht schweren Bedingungen — von Bank zu Bank unter Verpfändung aller möglicher Wertobjekte, insbesondere von Stadtanleihen und Hypothekenspfandbriefen, Kredite im Ausland aufgenommen werden. Zur Schwere der Bedingungen gehörte insbesondere die Kurzfristigkeit der Kredite, und Deutschland steht nun heute vor der Frage, wie es mit diesen Krediten weiter operieren soll. Ein Teil von ihnen ist jetzt fällig und die Neutralen verlangen Rückzahlung. Nach allem, was man hört, scheint es möglich zu sein, den größten Teil dieser Kredite unter der Bedingung zu prolongieren, daß ein Teil in Gold zurückgezahlt wird. Es handelt sich dabei insgesamt um den verhältnismäßig kleinen Betrag von fünf- und siebenzig Millionen Mark, der aus dem Zweimilliardenbestand der Reichsbank ohne wesentliche Schädigung für die deutsche Volkswirtschaft entnommen werden könnte. Aber nun kommt der Finanzvertrag, der bei den Waffenstillstandsbedingungen abgeschlossen wurde. Danach darf Deutschland weder Gold noch auch ausländische Werte ohne Genehmigung seiner Feinde ausführen. Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß die sachverständigen Erstunterhändler sich die Frage der schwebenden deutschen Kredite im Ausland rechtzeitig überlegt und insolgedessen die Bedingungen des Abkommens entsprechend formuliert hatten. Darin unterscheidet sich ja gerade der Sachverständige von dem Laien: selbst wenn der Laie eine gewisse formelle Gewandtheit besitzt, so wird im Gegensatz zu ihm sogar der viel weniger kluge Sachverständige auf Grund seiner besonderen Kenntnisse Voraussicht entwickeln können, während der Nichtsachverständige bei aller Tüchtigkeit gewisse Folgen der Dinge gar nicht sieht, weil er von den die Voraussetzung bildenden Tatbeständen nichts weiß.

Nun steht es Deutschland natürlich frei, bei der Entente die Ausfuhrverlaubnis für die notwendigen Goldmengen zu beantragen. Das ist auch geschehen. Aber es hat beinahe den Anschein, als ob die Erlaubnis nicht gewährt wird. Man fragt sich erstaunt, weshalb denn wegen der relativ kleinen Summe, die in Betracht kommt, die Entente sich weigern sollte, die Erlaubnis zu erteilen. Daß die Alliierten sich eine gewisse Kontrolle über den deutschen Goldschatz aus-

bedangen, war von vornherein sehr verständlich, denn das deutsche Goldreservoir war für sie bei den Entschädigungsverhandlungen natürlich von Wichtigkeit. Und außerdem konnten sie voraussehen, daß die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln notwendig war, die bar und zum Teil in Gold bezahlt werden mußten. Nun hat aber die Entente bei der Finanzierung des Nahrungsmittelabkommens die Bezahlung der Nahrungsmittel in Gold zunächst auf 100 Millionen Mark kontingentiert und daneben nur verlangt, daß weiteres Gold im Betrage von rund einer viertel Milliarde Mark in Brüssel als Sicherheit hinterlegt wird. Es würde also an sich dem gar nichts im Wege stehen, daß die Alliierten uns gestatten, weitere 75 Millionen Mark Gold auszuführen. Wenn sie es trotzdem nicht tun oder sich mindestens vorläufig sperren, so gewinnt diese Tatsache erst dadurch eine besondere Bedeutung, daß beabsichtigt ist, eine internationale Finanzkonferenz nach Paris zusammenzuberufen.

In dieser neutralen Konferenz sollen die neutralen Gläubiger Deutschlands veranlaßt werden, die gegebenen Kredite zu verlängern. Darüber herrscht nun in einzelnen Kreisen Deutschlands eine gewisse Befriedigung. Aber leider liegt dazu gar kein Grund vor. Denn die Verlängerung der Kredite durch die Neutralen auf einer internationalen Konferenz heißt ja nicht etwa, daß die Verlängerung zugunsten Deutschlands unter dem Druck der Entente geschieht, sondern es bedeutet das eine Ententebürgschaft mit entsprechenden Lasten und der entsprechenden Erniedrigung für Deutschland und sein Ansehen. Mit anderen Worten: Es wird hier der Versuch gemacht, Deutschland unter Kuratel zu stellen. Wir können gar nicht wissen, was daraus auf den Pariser Friedensverhandlungen für eine Konsequenz gezogen werden wird. Es ist bei der Stimmung unter den Alliierten heute noch gar nicht abzusehen, ob sie nicht beabsichtigen, die Schulden Deutschlands bei den Neutralen und die Bürgschaft, die die feindlichen Regierungen dafür geleistet haben, zum Vorwand für die dauernde Einrichtung einer internationalen Finanzverwaltung in Deutschland zu machen.

Diese Konsequenz der Dinge können unmöglich die sachverständigen ersten Unterhändler bei den Vorberatungen des Finanzabkommens übersehen haben. Aber Herrn Erzbergers Unsachverständigkeit hat hier wie in so vielen anderen Fragen Deutschland in die schwerste Verlegenheit gebracht und außerdem jene Verachtung gegen uns bei den Feinden geschaffen, die in ihren Zeitungen deutlich zum Ausdruck kommt. So schrieb vor kurzem erst das „Journal“ in Paris als Überschrift über die

Mitteilung von der Unterzeichnung des Nahrungsmittelabkommens durch die Deutschen: „Diese Menschen unterschreiben ja alles, was man von ihnen verlangt! (Ces gens-là signent tout ce que l'on veut.)“

Die Situation ist für Deutschland nicht leicht. Es ist von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß diese schwere Bedingung und die bittere Wahrscheinlichkeit, die sich daraus in der Zukunft ergeben kann, für Deutschland ein Anreiz mehr sein müsse, schnell an die Arbeit zu gehen, um dadurch den Export für die Zahlung seiner Auslandsschulden fruchtbar machen zu können. Beiden augenblicklichen inneren Zuständen ist das für uns natürlich leichter gesagt als getan. Aber was nützt uns denn selbst die schnelle Ansurbelung der Exportmaschine, wenn sie gelingen sollte, in diesem Augenblick und gegenüber der jetzt drohenden Gefahr. Die Tatsache, daß Deutschland im Augenblick seine Kredite verlängern muß, bleibt bestehen. Und dafür steht irgendeine Ausfuhr in nennenswertem Umfang nicht zur Verfügung. Die geforderte Rückzahlung kann nur in Gold erfolgen oder Deutschland ist scheinbar auf die Vermittlung der Entente angewiesen und muß die daraus entstehenden Folgen auf sich nehmen.

Allerdings nur scheinbar. Denn es wird zunächst unsere Aufgabe sein, mit den Neutralen direkt zu verhandeln. Ein Interesse an der Vermeidung der Pariser Konferenz hat nämlich nicht nur Deutschland, sondern in gleichem Maße Deutschlands neutrale Gläubigerschaft. Bis zu einem gewissen Grade bedeutet ja doch schließlich in der letzten Konsequenz die Prolongation der deutschen Schulden unter der Bürgerschaft der Alliierten den Beginn einer internationalen Finanzkuratel auch für diese neutralen Staaten. Gelingt es, insbesondere England, die Verfügungsgewalt über die deutschen Finanzen an sich zu reißen, so erwirbt es damit nicht bloß eine Finanzkontrolle über Deutschland, sondern auch einen ganz bestimmenden Einfluß auf dessen zukünftige Wirtschaftsbeziehungen. Das heißt aber nicht anders, als daß der gesamte Handel der Neutralen mit Deutschland unter Zwang und Kontrolle der Alliierten gestellt wird. Wir hätten es dann hier mit der wirtschaftlichen Vorbereitung des famosen Völkerbundes zu tun. Dieser Völkerbund stellt nach dem Pariser Entwurf ja ohnehin schon keinen Bund gleichberechtigter Staaten dar. Er unterscheidet vielmehr zwischen den geschäftsführenden und kontrollierenden Staaten und der misera plebs der Geführten. Aber selbst wenn es gelingen sollte, einen Bund formell gleichberechtigter Staaten zustande zu bringen, so würde diese Verfassung mit demselben Maß zu messen sein wie die formaldemokratischen Bestimmungen in den Verfassungen der Einzelländer. Das Maß der Gleichberechtigung wird nicht bestimmt durch den Verfassungsparagraphen

sondern durch die ökonomischen Abhängigkeiten. Dieselben ökonomischen Abhängigkeiten würden im Völkerbund bestehen. Und England und Amerika müßten ohnehin dadurch, daß sie die Rohstoffproduktion der Erde beherrschen, ein Uebergewicht über die anderen Staaten haben, auf deren Handelsbeziehungen sie bestimmenden Einfluß ausüben möchten. Die Finanz- und Wirtschaftskuratel über Deutschland würde dieses natürliche Uebergewicht noch mehr festlegen. Und damit wären die neutralen Nachbarn Deutschlands in allererster Linie geschädigt. Es liegt mithin in ihrem eigensten Interesse, sich mit Deutschland unter Umgehung der Pariser Wirtschaftskonferenz ohne fremde Vormundschaft zu einigen.

Man müßte eigentlich hoffen können, daß es sachverständiger Beredsamkeit gelingen sollte, diese Folgen den Neutralen klarzumachen. Was aber, wenn es nicht der Fall ist? Dann hat Deutschland lediglich seine eigenen Interessen zu wahren. Es steht für uns dabei enorm viel auf dem Spiel. Deutschland muß es unter allen Umständen abweisen, die Hand zur Vorbereitung einer Art Dette publique auf deutschem Boden zu bieten. Deutschland ist zahlungsfähig und zahlungswillig. Aber es wird künstlich in einen Zustand versetzt, in dem die Zahlung nicht möglich ist. Es ist daher nicht seine Schuld, wenn es nicht in der Lage ist, seinen Verpflichtungen gegenüber den Neutralen nachzukommen. Und es fragt sich, ob es der Prolongation seiner Schulden überhaupt nachlaufen soll. Die Schulden werden automatisch fällig. Und es kann keine Macht der Welt die deutschen Banken zwingen, sich ihre Schulden vom Gläubiger prolongieren zu lassen, namentlich zu Bedingungen, die ihnen nicht passen. Insbesondere hat die Regierung das Recht und die Pflicht, gegen solche Prolongationen Einspruch zu erheben. Infolgedessen besteht durchaus für Deutschland die Möglichkeit zu erklären: Unsere Schulden sind fällig, wir wollen sie bezahlen. Und wir wollen über die Bedingungen mit unseren Gläubigern verhandeln. Aber wir bezahlen und prolongieren nur dann, wenn uns der direkte Weg der Verhandlung unter völliger Ausschaltung unserer Feinde offengehalten wird. Im anderen Fall wird Deutschland seine Zahlungen ans Ausland einstellen. Wir sind uns der Konsequenz solcher Erklärungen vollkommen bewußt. Aber der Schaden, der daraus entsteht, ist für Deutschland durchaus nicht größer als für die neutralen Gläubiger. Namentlich hafet Deutschland nicht der geringste Makel bei solcher Erklärung an. Denn die ganze Welt weiß ja, daß die Feinde ihm die Bezahlung nicht erlauben, obwohl es dazu imstande wäre. Und es wird jedenfalls Zeit, daß etwas Energisches geschieht, um der Welt vor Augen zu führen, daß man mit Deutschland doch schließlich nicht alles machen kann.

Was bringt die Vermögensabgabe?

Von Dr. Graf H. Brockdorff-Berlin.

(Syndikus des Schutzverbandes des deutschen Grundbesitzes und Realcredites)

Wenn die Reichsregierung, wie es den Anschein hat, glaubt, nach Friedensschluß und Wiederkehr innerer Ruhe trotz der auch von ihr sicher nicht verkannten großen Gefahren einer Wegsteuerung hoher Anteile des Vermögensstammes der Nation, eine Vermögensabgabe einfordern zu müssen, da nur auf diesem Wege mit einem Schlag ein Teil der riesigen Höhe seiner Schulden getilgt, zum anderen Teil ihnen verbendes Vermögen gegenübergestellt werden kann, so ist es an der Zeit, sich damit zu beschäftigen, welche Volkskreise diese Abgabe betreffen und was sie erbringen wird.

Die in diesen Tagen erschienene Statistik der preußischen Ergänzungssteuerveranlagung 1917/19 ermöglicht die folgenden Aufstellungen:

Von allen Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftern waren

Gruppe	Veranlagt n der Vermögensgruppe von bis	Zahl	vom 1000 aller s. aus- b. atungs- vorkar be	Gesamtöhe des n dieser Gruppe veran- la gten Vermögens (n Milliarden M.)	Durchschnitts- vermögen eines Zensiten (in Tausend M.)
1	6—20 000	998 743	62,99	14,2	14,2
2	20—32 000	290 956	18,35	7,5	25,8
3	32—52 000	279 813	17,65	11,4	40,6
auf 1-3	6—52 000	1 569 512	98,99	33,1	21,1
4	52—100 000	222 779	14,05	15,8	71,0
5	100—200 000	107 125	5,76	14,8	137,7
6	200—500 000	55 020	3,47	16,6	302,2
7	1/2—1 Mill.	15 808	1,00	10,9	687,8
8	1 Mill. - 2 Mill.	6 654	0,42	9,1	1 367,4
9	mehr als 2 Mill.	3 709	0,23	18,3	4 927,3
		1 980 607		115,6	

13 874 736 gleich 87,5% aller Zensiten bleiben selbst bei Heranziehung der kleinsten Vermögen bis 6000 M. herunter außerhalb ihres Rahmens. 1 980 607 Zensiten gleich 12,5% werden die gesamte Last aufzubringen haben; von diesen gehören zu den Annahme I.

Gruppe	Steuersatz	Steuerbetrag ohne Durchstaffelung (in Millionen Mark)	Steuerbetrag mit Durchstaffelung
1	10%	1 423	1 423
2	12%	900	784
3	14%	1 592	1 301
4	16%	2 541	2 085
5	18%	2 656	2 213
6	20%	3 325	3 104
7	22%	2 392	2 103
8	25%	2 275	1 956
9	30%	5 633	4 402
		22 737	19 371

Gruppen 1—3 79,24%, zu der Gruppe 4 11,25%, zu der Gruppe 5 5,41%, zu der Gruppe 6 2,78%, zu der Gruppe 7 0,80%, zu der Gruppe 8 0,34%, zu der Gruppe 9 0,19%. Ein steuerpflichtiges Vermögen von mehr als 500 000 M. besitzen nur 1,32% der überhaupt heranzuziehenden Zensiten.

Da irgendwelche Nachrichten über die Ausgestaltung der Abgabe nach Höhe der Sätze und

Staffelung nicht bekannt geworden sind, bleibt nichts übrig, als unter Annahme verschiedener Möglichkeiten die Erträge zu berechnen.

Die Abgabe würde also bei dieser Begrenzung und Staffelung nach dem Vermögensstand im Jahre 1917 für Preußen 22,74 (19,37) Milliarden erbringen. Bei Freilassung aller Vermögen unter 20 000 M. würden sich ergeben 21,31 (17,96) Milliarden, bei Freilassung aller Vermögen unter 32 000 M. 20,41 (17,16) Milliarden, aller Vermögen unter 52 000 M. 18,82 (15,86) Milliarden.

Unter Anwendung des für den Wehrbeitrag üblich gewesenen schematischen Verhältnisses des Reiches zu Preußen, wie 8 zu 5, ergäbe die Annahme I 36 Milliarden 368 Millionen M.

Es sind aber eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen, die auf dieses Erträgnis Einfluß haben; da es sich nur um eine ganz grobe Schätzung handeln kann, sollen nur die wichtigeren von ihnen berücksichtigt werden. Von Einfluß ist: 1. der Verlust von Landesteilen; 2. die Abgabepflicht des Luxusvermögens an Mobiliar, Kunstwerken usw.; 3. scheinbare Reichtumsvermehrung durch das Sinken des Geldwertes, tatsächliche, wenn auch vorübergehende, Reichtumsvermehrung durch die Konjunktur (gestiegene Ertragswerte, Mieten, Renten); 4. die schärfere Erfassung der Vermögen durch die angekündigte „Hebung der Steuermoral“, der Hauptsache nach wohl bestehend in einer außerordentlich rigorosen Technik und Praxis der Einschätzung; 5. Gesellschaftsvermögen.

1. Elsaß-Lothringen hat vom Vermögen und Einkommen zum Wehrbeitrag 21,5 Mill. M. gleich 2,22% der Reichseinnahme bezahlt (mit 11,43 M. Kopfbelastung nicht unbeträchtlich weniger als die preußische Kopfbelastung von 14,78 M. und die Reichskopfbelastung von 14,89 M.). Zum Ausgleich dieses Ausfalls sollen 2% der Reichssumme abgesetzt werden. Auch durch die polnischen Ansprüche müssen Verluste entstehen; unter Annahme eines Ausscheidens von 3 Millionen Menschen seien 3% der Reichseinnahme abgesetzt. 2. Die Mobiliarwerte schätzte Helfferich auf 15 Milliarden M. Bei den heutigen Verhältnissen darf dafür, selbst wenn die Schätzung damals reichlich hoch gegriffen gewesen sein sollte, ein Betrag von mindestens 20 Milliarden angenommen werden. Nimmt man an, daß der in der Hand der 12,5% in Betracht kommenden Zensiten befindliche Anteil ebenso groß ist, wie der in der Hand der 87,5% veranlagungsfreien Zensiten, und daß in den Haushaltungen der Gruppen 1—3 ein Minimum von 3000 M. frei bleibt, wodurch der Betrag von rund 5 Milliarden wegfällt, so wäre die Abgabe von einem Vermögenswert von ca. 5 Milliarden zu leisten, ein Durchschnittssatz von 15% ergibt also einen Zuschlag von 800 Mill. M. 3. Die scheinbare und tatsächliche Reichtumsvermehrung durch den Krieg ist unberechenbar; ein Zuschlag

von 10% soll nur die Tatsache des Zuwachses ausdrücken.") 4. Die schärfere Erfassung der Vermögen könnte zu einem höheren Ertrage führen, da aber andererseits die außerordentliche hohe Belastung des Vermögens den Anreiz zur Defraudation ungeheuer verstärken wird und da die enorme Mobilisierung der Vermögen, die sich vor allem im Banknotenumlaufe ausdrückt, die Defraudationen erleichtert, sollen die Punkte 3 und 4, als sich gegenseitig aufhebend, unberücksichtigt bleiben. 5. Ein weiterer Zuschlag ist notwendig für die Gesellschaften, da das in Händen der Privaten befindliche Aktienkapital kein voller Ausdruck für die Höhe der hier liegenden Vermögenswerte ist, selbst wenn im Kurse Abschreibungen und offene oder verdeckte Reserven zum Ausdruck gelangen. Die 1915/16 bestehenden 4761 Aktiengesellschaften mit einem Unternehmungskapital (dividendenberechtigtes Aktienkapital und echte Reserven) von 20 Milliarden M., von denen 3686 mit Gewinn gearbeitet haben, und die (1913) 26 790 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 4,8 Milliarden M. mögen einen Zuschlag von 5 Milliarden zur tragenden Vermögensmasse ergeben, von denen ein Steuersatz von 15%, einen Steuerzuschlag in Höhe von ca. 750 Mill. M. rechtfertigen sollen.

Annahme I ergäbe demnach (ohne Staffelung)	
Preußen	22,7 Milliarden
Reich	36,3 "
Zuschlag für Mobilien	0,8 "
für Gesellschaften	0,75 "
für Geldwertänderung	3,6 "
	<hr/>
	41,45 Milliarden
Abzug für Elsaß-Lothringen und polnische Gebiete	2,7 Milliarden
Ergebnis	<hr/>
	39,75 Milliarden

Annahme II (mildere Staffelung)		Annahme III (schärfere Staffelung) d. Gruppe 4-9	
Gruppe	Steuer-satz (in Mill. M.)	Steuer-satz	Steuerbetrag (in Mill. M.)
1-3	10%	10%	3 311
4	12%	13%	2 056
5	14%	16%	2 360
6	16%	19%	3 158
7	18%	22%	3 492
8	20%	25%	2 274
9	25%	30%	5 482
			<hr/>
			18 281
			<hr/>
			22 133
			<hr/>
			38 25

für das Reich mit allen Zu- und Abschlägen 32,1 Milliarden

Eine genauere Berechnung und individuelle Staffelung der Vermögen über eine Million Mark

* Anmerkung: Der Zuschlag wird angesichts der Preisentwicklung am Markt der Güter des Alltagsbedarfs manchem Leser ungenau erscheinen. Man bedenke aber eritens, daß im Verlauf der letzten Monate außerordentliche Wertminderungen vieler Anlagen etc. eingetreten sind und zweitens, daß im Wert der bei der Vermögensabgabe ausschlaggebenden großen Kapitalgüter wie Grundstücke, Häuser, industrielle Anlagen Verwerter die Wertsteigerungen, soweit sie auf Kapitalisierung der eigenen Erträge beruhen, nicht vollständig zum Ausdruck gekommen sind und auch nur dann zum Ausdruck kommen können, wenn die erhöhten Erträge mit Sicherheit dauernd zu erwarten sind. Es wird für den Ertrag der Abgabe von diesen Werten sehr viel davon abhängen, wie lange mit der Erhebung der Abgabe gewartet wird, sowie davon ob und bis zu welchem Grade der Abbau des Preisniveaus gelingt, ohne den wir gar nicht mehr weiter wirtschaften können. Finanzinteresse und volkswirtschaftliches Interesse stehen sich hier entgegen.

ergibt unter Annahme einer 20, 25, 30 und 35 proz. Besteuerung die folgenden Erträge:

Vermögensgruppe oder Einzelvermögen	Zahl der voranlagten Besitzen	Mittelnommene Höhe des Durchschnittsvermögens	Gesamtvermögen in dieser Gruppe	Steueraufkommen bei einem Steuersatz von			
				20%	25%	30%	35%
				(in Millionen Mark)			
1-2 Mill.	6 654	1,4	9 098	1819	2275	2729	3184
2-3 "	1 756	2,3	4 039	808	1009	1211	1414
3-4 "	685	3,4	2 254	450	536	672	789
4-5 "	386	4,4	1 698	339	424	509	594
5-6 "	224	5,4	1 209	266	302	363	423
6-7 "	147	6,4	941	188	235	282	329
7-8 "	87	7,4	644	129	161	193	225
8-9 "	79	8,5	671	134	168	201	235
9-10 "	51	9,3	474	95	118	142	166
zusammen Summe:	10 069		21 028	4278	5228	6302	7239
10-15 Mill.	142	12	1 704	341	426	511	596
15-20 "	60	17	1 020	204	255	306	357
20-25 "	32	22	704	141	176	211	246
25-30 "	14	28	392	78	98	117	137
30-35 "	14	32	448	89	112	134	157
35-40 "	7	37	259	52	65	78	90
zusammen Summe:	269		4 527	905	1132	1357	1543
41 Mill.	1	—	41	8,2	10,2	12,3	14,3
50 "	1	—	50	10,0	12,5	15,0	17,5
51 "	1	—	51	10,2	12,7	15,3	17,8
53 "	1	—	53	10,6	13,2	16	18,5
56 "	1	—	56	11,2	14,0	16,8	19,6
60 "	1	—	60	12,0	15,5	18	21
61 "	1	—	61	12,2	15,2	18,3	21,3
64 "	1	—	64	12,8	16,0	19,2	22,4
67 "	1	—	67	13,4	16,7	20,1	23,4
68 "	1	—	68	13,6	17,0	20,4	23,8
76 "	1	—	76	15,2	19,5	23,4	27,3
80 "	1	—	80	16,0	20	24	28
89 "	1	—	89	17,8	22,2	26,7	31,1
108 "	1	—	108	21,6	27	32,4	37,8
465 "	1	—	465	93,0	116	139,0	162,0
zusammen Summe:	15		1 389	277,8	347,7	416,9	485,8

Die Summen zusammen: 26 944 5461 6707 8076 9268

Wenn man im übrigen unter Beibehaltung der Annahme I die 6654 Millionäre der Gruppe 8 mit 30%, die 3709 der Gruppe 9 sogar mit 35% heranzieht, s. 1. Tabelle, würde sich für das Reich ein um ca. eine Milliarde höherer Ertrag ergeben.

Selbst bei schonungslosestem Eingriff, was Höhe der Sätze und Heranziehung auch der kleinsten Vermögen anlangt, wird also der Ertrag der Abgabe vom Vermögen bestenfalls in der Nähe der allerdings gewaltigen Zahl von 40 Milliarden bleiben. Welches Maß wirtschaftlicher Schädigungen insbesondere durch die Notwendigkeit der Mobilisierung solcher riesiger Vermögensmassen der Volkswirtschaft erwachsen werden, welchen Umfang die Schrumpfung der Produktivität annehmen wird, muß allerdings dahingestellt bleiben. Es erscheint ausgeschlossen, daß man vor Wiederkehr der inneren Ordnung und Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse als Vorbedingung der Kreditmaßnahmen, ohne die an die Durchführung nicht zu denken ist, an diese heran-

tritt. Auch dann noch wird es bei den fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die einer gerechten Veranlagung entgegenstehen, und bei der so überaus großen Verschiedenheit der Schwierigkeiten, die den einzelnen Steuerzahlern je nach Höhe und Anlage ihres Vermögens bei der Mobilisierung er-

wachsen, zu den schreiendsten Ungerechtigkeiten kommen. Wenn überhaupt, so kann nur durch die denkbar größte Vorsicht bei der technischen Durchführung die Abgabe so ausgestaltet werden, daß ihr Nutzen den Schaden, den sie anrichten muß, übersteigt.

Reform der Bank von England.

Von Fritz Zutrauen-Zürich.

Das Privileg der Notenausgabe ist in England bekanntlich der Bank of England vorbehalten, mit den für die Emissionen in dem Bank Charter Act von 1844 vorgesehenen Einschränkungen. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wird die Bank in zwei Abteilungen geteilt: das Issue Departement und das Banking Departement, und darf Noten nur gegen Gold ausgeben. Daraus folgt, daß die Bank keine Emission vornehmen darf, so lange sie kein gegenwertiges Gold empfängt, wie groß auch immer das Bedürfnis nach neuen Notenausgaben sein mag. Wenigstens war die Lage die geschilderte, als der Krieg ausbrach. Dann entstand plötzlich eine stürmische Nachfrage nach Noten der Bank. Sie gab etwa 19 Millionen Pfd. Sterl. aus. Das aber war nur ein Tropfen im Meere des Goldbedarfs. Da erklärte die Bankleitung der Regierung, sie würde sich genötigt sehen, von weiteren Fazilitäten Abstand zu nehmen, es sei denn, man ermächtige sie, über den durch das Gesetz von 1844 vorgesehenen Betrag hinaus Noten gegen Sicherheiten auszugeben. Wie verhielt sich die englische Regierung hierzu? Sie zeigte sich einer Anstiftung des Bankgesetzes durchaus abgeneigt und entschied sich für die zweite der vorhandenen Möglichkeiten: Die Regierung gab selbst Noten aus: die „Currency Notes“, mit dem Erfolge, daß die angestrebte Erleichterung der Lage à tempo erreicht wurde. Das System wurde während des ganzen Krieges beibehalten und ist noch heute in Kraft. Zwar scheint es, als ob die Emission dieser „Currency Notes“ zu einem sicher nicht geringen Teil die allgemeinen Preissteigerungen und die Teuerung im Lande mitverursacht hat. Doch ist andererseits anzunehmen, daß sich dieselbe Entwicklung ergeben hätte, wenn statt der „Currency Notes“ Noten der Bank von England gegen Sicherheiten zur Ausgabe gelangt wären. Wie dem nun aber auch sei: Die Erörterung dieser Fragen ist unfruchtbar und auch unnütz, da nur eine erhebliche Vermehrung der Umlaufsmittel die gespannte, zeitweise sogar kritische Lage des englischen Geldmarktes erleichtern konnte.

Ungeachtet dieser Sachlage ist nun mehrfach die Frage aufgeworfen worden, ob es sich nach den bei Ausbruch des Krieges gemachten Erfahrungen nicht empfehlen würde, das Bankgesetz von 1844 einer Revision zu unterziehen. Ueber die Opportunität eines solchen Schrittes gehen die Meinungen auseinander, noch mehr über die Formen derartiger Maßnahmen. Von besonderem Interesse ist das Projekt des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der London Joint City and Midland Bank, Ltd., Sir Edward S. Holden,

der die Forderung aufstellt, die Bank von England zu, Notenausgabe gegen Gold und gegen Wechsel zu ermächtigen, die beiden „Departments“ der Bank zu verschmelzen, und Aktiva und Passiva des Instituts, statt wie bisher in zwei Bilanzabschlüssen, zukünftig nur noch in einem Abschluß aufzuführen. Als eine Folge des Krieges und der während der Feindseligkeiten getroffenen Maßnahmen haben sich die Depositen der „Joint-Stock Banks“ nahezu verdoppelt. Ein namhafter Teil dieser Einlagen wurde seitens der Banken zur Weiterausleihe an die Regierung, an die Bank von England ausgeliehen. Bestehen nun irgendwelche Schwierigkeiten in bezug auf die Ausgabe von Noten der Bank von England, so müssen offenbar „Currency Notes“ emittiert werden. Die Bereitstellung von Mitteln für die Zwecke des Wiederaufbaus impliziert auch für die englischen Banken eine Riesenarbeit, und man kann es begreifen, daß die englische Bankwelt klar zu sehen wünscht, ob in Zukunft Bank of England-Noten oder „Currency Notes“ zur Ausgabe gelangen werden. —

Bevor die Bank von England Noten gegen Sicherheiten auszugeben in der Lage ist, bedarf sie hierzu der Genehmigung des Treasury, also der Regierung. Bisher ist der Bank eine solche Genehmigung verschiedne Male erteilt worden, mit der Maßgabe, daß der offizielle Bankfuß jedes Mal auf etwa 10 % zu erhöhen sei. Natürlich wird mit der Erhöhung der Bankrate auf diesen exorbitanten Satz beabsichtigt und in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle auch erreicht, daß die Geldnehmer entweder 10 % für die genommenen Vorschüsse zahlen oder ihre gesamten Vorschüsse zurückzahlen, wodurch Bankkredite herabgemindert werden und damit aus letzten Endes die Notenemission. Indessen sind derartige Methoden unmöglich in einem Augenblick, wo die Probleme der Uebergangswirtschaft ungeheure Mittel, also auch ungeheure Kredite, erforderlich machen. Um welche Summen es sich da handeln kann, davon wird man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß allein der Umlauf der „Currency Notes“ den Betrag von 300 Millionen Pfd. Sterl. überschritten hat.

Der behufs Studium dieser Fragen eingesetzte Ausschuß, das sogenannte „Currency Committee“ ist in seinem Bericht zu der Ansicht gelangt, daß die Bank von England nach der bisherigen Bestimmung des Bank Charter Acts von 1844 weiterarbeiten sollte. Sir Edward Holden drückt, im Gegensatz hierzu, die Meinung aus

der Ausschuß hätte das System der amerikanischen Federal Reserve Bank empfehlen sollen. Noten sollten nicht gegen Regierungswerte, für die z. T. keine feste Rückzahlungsfrist vorgesehen ist, ausgegeben werden, sondern gegen Handelswechsel, die am Tage ihrer Fälligkeit eingelöst werden müssen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Erfahrungen, welche die englische Geschäftswelt mit dem Bankgesetz bisher gemacht hat, in puncto Stabilität der Bankrate nicht sonderlich ermutigend sind. Seitdem die Bank Charter Acte in Kraft ist, ist der offizielle Banksatz in England nicht weniger als 473mal abgeändert worden, gegenüber 123 bzw. 212 Diskontänderungen in Frankreich bzw. Deutschland. Daß Diskontabänderungen, einerlei ob Erhöhungen oder Ermäßigungen, für die Stabilität des geschäftlichen Verkehrs im allgemeinen immer etwas Mißliches haben, kann nicht bestritten werden. Zum Teil ist die Notwendigkeit, die offizielle Bankrate abzuändern, auf die Tatsache der Teilung der Bank in zwei Departments zurückzuführen; denn es ist klar, daß die Reserve des Banking Departments stets kleiner war, als sie gewesen wäre, wenn beide Departments zu einem verschmolzen worden wären. Auch ist eine kleine Reserve, schon gegenüber vergleichsweise bescheidenen Ansprüchen weit empfindlicher als eine größere Reserve, was einen größeren Schutz der kleinen Reserve erforderlich macht. Der Status kann aber nur durch Erhöhung der Bankrate verbessert werden.

Das Vorgesagte wird anschaulicher werden, wenn man die Ziffern eines Ausweises der Bank von England sprechen läßt:

Ausweis vom 19. Dezember 1918.

Issue Department.		Pfd. Sterl.	
Ausgegeben. Noten	96 428 000	Regierungsschuld	11 015 000
		Anderere Werte	7 435 000
		Gold	77 978 000
	96 428 000		96 428 000
Banking Department.			
Kapital	14 553 000	Regierungswerte	69 255 000
Rest	3 249 000	Anderere Werte	93 218 000
Depositen	172 753 000	Noten	27 464 000
Anderere Verpflichtung.	9 000	Gold und Silber	627 000
	190 564 000		190 564 000

Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichkeiten = 16,3 p. Ct.

Die von dem Issue Department ausgegebenen Noten wandern in die Reserve des Banking Department, um von dort in den Umlauf zu gelangen. Man hat festgestellt, daß in gewöhnlichen Zeiten sich an-

nähernd so viel Noten in der Reserve des Banking Department als in der Zirkulation befinden. Im Kriege hat sich dieses Verhältnis stark verschoben: Von den emittierten 96 Millionen waren im Dezember v. J. 69 Millionen im Umlauf, während nur 27 Millionen in der Reserve lagen. Von der Höhe dieser Reserve hängt nun aber die Lage des Geldmarkts und der Leihwert des Geldes vollkommen ab. Für die Bankrate maßgebend ist die Höhe der Reserve der Bank von England und das Verhältnis dieser Reserve zu den bestehenden Verbindlichkeiten. Vermindert sich die Reserve und verschlechtert sich damit das Deckungsverhältnis, so steigt die Bankrate und Geld wird teurer, und vice versa. Es ist daher im Interesse billigen Geldes ein möglichst hoher Stand der Reserve anzustreben. Auch wird dadurch erreicht, daß der Diskontsatz kontinuierlich auf niedrigem Stande bleibt, was der Geschäftswelt zugute kommt. Wie würde sich nun der Status darstellen, wenn, entsprechend den Vorschlägen Sir Edwards, beide Departments der Bank von England zusammengelegt würden? Er ergäbe folgendes Bild:

Ausweis vom 19. Dezember 1918:

	Pfd. Sterl.	
Kapital	14 553 000	
Rest	3 249 000	
Noten	68 964 000	
Depositen	172 753 000	
Anderere Verbindlichkeiten	9 000	
	259 528 000	
	Pfd. Sterl.	
Gold	78 605 000	
Regierungsschuld	11 015 000	89 620 000
Regierungswerte		69 255 000
Anderere Werte		100 653 000
		259 528 000

Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichkeiten = 32,5 %.

Während also das Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichkeiten in dem Originalausweis der Bank nur 16,3 % beträgt, ist es in dem zusammengezogenen Abschluß auf 32,5 %, demnach auf die doppelte Höhe angewachsen. Sir Edward Holden hält sich mithin für berechtigt, eine Verschmelzung beider Departments der Bank von England und damit eine Abänderung der Bank Charter Acte zu befürworten. Wann dessen ungeachtet das „Currency Committee“ ein Festhalten an der bisherigen Praxis empfiehlt, so hat es dafür gewisse wichtige Gründe, deren Besprechung einem Schlußartikel vorbehalten bleiben mag.

Revue der Presse.

Wilson's ideale Pläne von einem Völkerbund, der doch unlichst alle künftigen Kriege, also auch den Handelskrieg, von der blutigen Debatte absehen soll, begegnen in seiner Heimat bereits häßlichem Mißtrauen. Wie „Der Welthandel“ (14. März) mitteilt, agitiert die American Defence Society lebhaftest für einen

Bojkott deutscher Waren in den Vereinigten Staaten.

Nach Aussage des Handelsvertragsvereins haben bereits mehr als 700 Läden Plakate angeheftet, die die bezeichnende Aufschrift tragen: „In diesem Laden wird kein Artikel deutscher Herkunft verkauft.“ Wenn auch diese Bojkottbestrebungen sich anscheinend nur auf New York beziehen, so werden

sie hoch bald Schule machen. Wir aber werden uns diese Praxis ins Gedächtnis schreiben. — Nachdem bereits im „Plutus“, Heft 7/8, Seite 62, auf die eigenartigen Bestrebungen in den besetzten Gebieten, unseren Handel auszuspienieren, hingewiesen war, greift jetzt die „Berliner Börsen-Zeitung“ (19. März) das gleiche Thema auf, indem sie speziell die

Handelsespionage in unserer chemischen Industrie behandelt. Den Anlaß hierzu gab ein Artikel in den „Times“ vom 20. Februar d. J., der über allerlei für uns beachtenswerte Fortschritte der chemischen Kohlenteerindustrie in England während des Krieges berichtet. Dieser Bericht sei keineswegs leicht zu nehmen. In der skrupellosesten Weise versuche man Deutschland des letzten wichtigen Aktiums seiner Wirtschaftsbilanz zu berauben, der Erzeugung der Farbstoffe, Chemikalien und Arzneimittel, die auf der Kohlenteerindustrie basieren. Man sucht tätige Männer der Wissenschaft und Praxis für die feindliche Industrie anzuwerben, leider nicht ohne Erfolg. Nun stützen wir uns zwar darauf, daß man nach einem gestohlenen Kochrezept noch lange nicht die richtige Speise zubereiten könne. Unsere Feinde hätten nicht die Erfahrung, die technischen Kenntnisse, nicht die wissenschaftliche Vorbildung. Man übersehe aber bei diesem Gegenargument ein sehr wesentliches Gefahrenmoment. Die feindlichen Chemiker waren während der langen Dauer des Krieges durchaus nicht untätig, um sich mit Hilfe großer Geldmittel in wichtige Fabrikationsgeheimnisse zu setzen, und an Erfolgen dürfte es ihnen nicht gefehlt haben. Diesen Umstand sollte man nicht übersehen, und es wird der größten Aufmerksamkeit bedürfen, in unserer Farbstoffindustrie wieder die alte festbegründete Stellung zurückzuerobern. — Ein erfreulicheres Bild geben die Ausführungen des Mitgliedes der Deutschen Nationalversammlung, H. Krähig, im „Konfektionär“ (16. März) über die

zukünftige Spinnfasererzeugung Deutschlands.

Die Revolution am 9. November v. J. hatte zur Folge, daß das vorher so oft diskutierte Thema plötzlich von der Besprechung abgesetzt wurde. Man hatte Wichtigeres zu tun. Gleichwohl handelt es sich nicht um eine abgetane Sache. Im Gegenteil müsse gesagt werden, daß die Produktion der Stapelfaser bis an die Grenze des technisch Möglichen gesteigert werden wird. Zurzeit beträgt die Jahresproduktion 10 000 t; sie wird sich auf 200 000 t steigern lassen. Zwar gilt die Stapelfaser nicht als Konkurrent der Baumwolle, wohl aber der Wolle und wird, mit dieser vermischt, besonders verwendungsfähig sein. Wenn es gelänge, auch nur eine Jahresproduktion von 100 000 t zu bekommen und dadurch die ausländische Faser zu ersetzen, so würden volkswirtschaftlich dem deutschen Volke mindestens 300 bis 400 Millionen Mark erspart werden, und in sozialem Interesse sei die weitere Folge wichtig, daß durch eine solche Produktion zugleich

viele Tausende von Menschen beschäftigt würden. Wenn vorübergehend einige große Pläne infolge der Revolutionsunsicherheit auch zurückgelegt wurden, so sei ein sehr wichtiger Ersatz gefunden: Die während des Krieges riesig vergrößerten Pulverfabriken, die jetzt fast ohne Beschäftigung sind, bringen alles mit sich für die erleichterte Produktion der Stapelfaser, nämlich große Anlagen, geeignete Gefäße und einen gewaltigen Stab von geschulten Chemikern und Arbeitskräften. So könne man damit rechnen, daß sich die Erzeugung der Stapelfaser fortwährend steigern wird. Auch hat man in neuer Zeit Versuche gemacht, die im Kartoffelkraut befindliche Faser aufzuschließen; doch schweben hierüber noch die nötigen praktischen Ermittlungen. — Ueber die

Zukunft der französischen Schwerindustrie

äußerte sich, dem „Berliner Börsen-Courier“ (11. März) zufolge, der ehemalige Minister für Kriegsausrüstung Loucheur in der „Information“ vom 14. Februar d. J. in einer Weise, daß es uns geboten scheint, seine Ausführungen (mit einigen geringen Auslassungen) hier wörtlich wiederzugeben, weil sie bestimmte Pläne für den Wettbewerb mit Deutschland enthüllen. Der Minister sagte: „Die Vertreter unserer Hüttenindustrie führen zu ihrer Verteidigung an, daß ihre Erzeugung in 1903 bis 1913 eine höhere prozentuale Steigerung aufweist, als die Deutschlands. Ein solcher Vergleich besagt gar nichts. In 1903 bis 1913 hat Frankreich seine Eisenproduktion nur um 2,4 Mill. t steigern können, während sich die deutsche Produktion in derselben Zeit um 8 Mill. t erhöht hat, so daß also die Zunahme hier dreimal größer ist. Man wendet hiergegen ein, daß Frankreich nicht über genügend Kohle verfügt, worauf ich erwidere, daß Deutschland wiederum nicht das erforderliche Erz zur Verfügung hatte und dennoch verstanden hat, sich solches zu verschaffen. Auch der Einwand, daß Frankreichs Geburtenziffer zurückgeht und sein innerer Verbrauch daher hinter demjenigen Deutschlands zurücksteht, ist im gegebenen Falle nicht stichhaltig; denn es handelt sich für uns nicht so sehr um unseren Eigenverbrauch, als um die Frage der Exportsteigerung, um auf dem Weltmarkt mit Deutschland konkurrieren zu können. Durch die Angliederung von Elsaß-Lothringen sind wir in der Lage, diesen Weg zu beschreiten. Bis jetzt standen wir auf der Liste der Weltproduzenten von Stahl an vierter Stelle. Amerika lieferte 31 Mill. t, Deutschland 18 Mill. Tonnen, England 10½ Mill. t und wir 5½ Mill. t. Seitdem wir Lothringen besitzen (!), rücken wir an die zweite Stelle. Voran stehen nach wie vor die Vereinigten Staaten mit 31 Mill. t, dann kommt Frankreich mit 11 Mill. t, hierauf Deutschland mit 10½ Mill. t, England mit 10½ Mill. t usw. Unser Eigenverbrauch wird nicht mehr als 5—6 Mill. t betragen. Wir müssen also den Uberschuß von 5 Mill. t ausführen. In welcher Form könnte dies nun in vorteilhaftester Weise geschehen? Sollen wir unser kostbares Rohmaterial gegen Lokomotiven eintauschen? Sollen wir es in der Form von Blöcken,

Umschau.

Die Berliner Handelsgesellschaft und die

in. Bankbilanzen.

Mitteldeutsche Creditbank haben in diesem Jahre die Reihe der Veröffentlichungen von Grossbankabschlüssen eröffnet. Trotz der verschiedenen Struktur dieser beiden Banken, von denen die Berliner Handelsgesellschaft an der straffen Zentralisierung ihres Geschäfts festgehalten hat, während die Mitteldeutsche Creditbank eine ständige Erweiterung ihres Filialnetzes betreibt, weisen die Abschlüsse manche gemeinsame Merkmale auf. Beide Banken verteilen für 1918 die gleiche Dividende, wie sie für das Jahr 1917 ausgeschüttet wurde: Bei der Berliner Handelsgesellschaft 8%, bei der Mitteldeutschen Creditbank 7%. Bei beiden Gesellschaften hat der Geschäftsumfang durch das starke Anwachsen der fremden Gelder (siehe auch die Notiz „Depositensegen“ in dieser Umschau) eine weitere Ausdehnung im Jahre 1918 erfahren. Leider ist den Geschäftsberichten nicht zu entnehmen, ob die Ziffern der fremden Gelder für Ende Dezember 1918 Höchstziffern darstellen oder ob etwa nach dem Abbruch des Krieges eine Veränderung in der Kurve der Bewegung der fremden Gelder eingetreten ist. Die Einsicht in die Bewegung der Bankengelder wird dadurch erschwert, dass noch immer von der Veröffentlichung der Zweimonatsbilanzen Abstand genommen wird. Schon bald nach der Ueberwindung der ersten Krediterschütterungen im Jahre 1914 zeigte es sich, dass diese Beschränkung der Publizität der Banken unnötig war. Jetzt nach der Beendigung des Krieges sind aber auch die letzten Argumente für das Nichtveröffentlichen der Zweimonatsbilanzen verschwunden. — Auch die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt bei beiden Banken übereinstimmende Tendenzen. Die Einnahmen aus Zinsen und Wechseln sind bei der Berliner Handelsgesellschaft von 11,18 auf 12 Mill. M. gestiegen, die Einnahmen aus Provisionen von 5,11 auf 5,57 Mill. M. Ein Gewinn aus Wertpapieren und Konsortialgeschäften wird, wie während des ganzen Krieges, nicht ausgewiesen. Der jedenfalls auf diesem Konto erzielte Gewinn wird zu Rückstellungen verwendet worden sein. Anlass zu Minderbewertungen der Effektenbestände dürfte sicherlich sowohl bei einigen ausländischen Posten, als auch bei den heimischen Staatsanleihen geboten gewesen sein. Es ist bedauerlich, dass die Höhe dieser Gewinne resp. Rückstellungen dauernd geheim bleibt. Denn gerade bei dem ausserordentlichen Anwachsen, das z. B. bei der Berliner Handelsgesellschaft die Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten zeigen, (80,7 Mill. M. gegen 33,8 Mill. M. i. V.) wäre es recht wünschenswert gewesen, einen näheren Einblick in die Behandlung dieses Postens zu erlangen, dessen Bewertung ja heute viel problematischer gewesen ist, als je zuvor. Allerdings ist die Bewertung der Reichsanleihen dadurch zum Teil vereinfacht, dass es sich bei 38 Mill. M. um Werte handelt, die bis zum Jahre 1934 fällig sind, im wesentlichen um viereinhalbprozentige Schatzscheine. Die Mehreinnahmen aus Zinsen und Provisionen werden zum grossen Teil aufgezehrt durch eine Steigerung der Unkosten von 3,1 auf 4,4 Mill. M. Der Reingewinn zeigt danach noch eine

Eisenbahnschienen oder in sonst wenig verarbeiteter Form ausführen? Dies wäre ein verhängnisvoller Mißgriff. Eine entwickelte Wirtschaftspolitik verlangt, daß wir unser Rohmaterial nicht anders, als in hoch verarbeiteter Form, in Gestalt von Waggonen, Lokomotiven usw. an das Ausland ablassen. Wir müssen mit einem Worte Exporteure werden und aufhören, Importeure zu sein. Wir müssen unsere Handelsmarine mit dem erforderlichen Eisen- und Stahlblech versehen können, damit wir unsere Schiffe mit nicht größeren Kosten herstellen können, als es in England geschieht. Man erwidert mir, daß wir vor dem Kriege keine Maschinenbauabriken besaßen, die in der Lage gewesen wären, für den Export zu arbeiten, darauf antworte ich, daß jede Hüttenindustrie denjenigen Maschinenbau besitzt, den sie verdient. Um eine leistungsfähige Maschinenbauindustrie sein eigen zu nennen, muß man sie in erster Linie mit dem erforderlichen Rohmaterial versorgen. Wenn wir in Zukunft nicht diese rein wirtschaftliche Realpolitik befolgen, so müssen wir schlecht abschneiden. Wir können etwa 5 Mill. t Stahl jährlich ausführen. Wenn wir sie in verarbeiteter Form, als Waggonen, als Lokomotiven, als Werkzeugmaschinen usw., exportieren, so würden wir mit einem Schlage die 4 oder 5 Milliarden vereinnahmen, die uns zur Deckung unseres Defizits fehlen. Der Rückfall Lothringens an Frankreich muß unsere Politik hinsichtlich der Stahlproduktion vollkommen umgestalten, um so mehr, als wir damit ein wertvolles Saufsmittel gegenüber Deutschland erhalten, dessen Lage sehr schwierig werden wird. — Ein schwieriges Problem behandelt Dr. Adolf Coppius-Altona in der „Vossischen Zeitung“ (11. März):

Preisaufschlag und achttündige Arbeitszeit in der Industrie.

Es handelt sich um die Frage, ob der zu einer Leistung Verpflichtete, wenn der Vertrag vor Erlaß der Bekanntmachung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November 1918 eingegangen war, berechtigt ist, infolge der Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden eine Preiserhöhung zu fordern oder nicht, wobei in dem negativen Falle bedeutende Verluste erwachsen müßten. Infolge des großen Risikos der Lieferungsverträge im Kriege hat man allerdings die sogenannten Kriegsklausel eingeführt, die aber bei so enorm einschneidenden neuen Maßnahmen wie die achttündige Arbeitszeit nicht genügt. Man muß jetzt von „höherer Gewalt“ sprechen, und es müsse etwas geschehen, um ein ausgleichendes Äquivalent zu erhalten. Aus Billigkeitsgründen wird man sich nun der Gewährung eines Preisaufschlages nicht entziehen; schwierig sei nur die Durchführung. Folgende Vorschläge werden gemacht: Eine gesetzliche Bestimmung, die aber der Verschiedenheit der Industriezweige wegen immerhin fraglich erscheinen muß, ferner eine gütliche Verständigung, endlich von Fall zu Fall die Festsetzung und Prüfung eines entsprechenden Preisaufschlages durch die Handelskammern. Diesem letzten Vorschlag rebet der Verfasser insbesondere das Wort.

Erhöhung von 13,3 auf 14,5 Mill. M., sodass bei der unveränderten Höhe der Ausschüttung der Vortrag auf neue Rechnung von 2,68 auf 3,87 Mill. M. erhöht wird. In diesem in den letzten Jahren gewaltig gesteigerten Vortragsposten liegt bei der Berliner Handelsgesellschaft eine nicht unbedeutende Reserve für kritische Zeiten.

Der Generalversammlung der Berliner Handelsgesellschaft, die am 5. April stattfindet, wird auch eine Statutenänderung zur Erweiterung des Kreises der Geschäftsinhaber der Bank vorgeschlagen. Nachdem im Jahre 1918 Herr Bruno Herbst gestorben und Herr Dr. Wallach aus der Leitung der Bank ausgeschieden war, war vorübergehend der Seniorchef der Berliner Handelsgesellschaft, Herr Carl Fürstenberg, alleiniger Geschäftsinhaber. Im Jahre 1918 traten dann als neue Geschäftsinhaber die Herren Dr. Jeidels und Dr. Sintenis, die beide schon seit etwa einem Jahrzehnt in der Berliner Handelsgesellschaft als Direktor und Syndikus tätig gewesen waren, ein. Jetzt wird die Aufnahme zweier weiterer Geschäftsinhaber vorgeschlagen. Der erste ist Herr Hans Fürstenberg, ein Sohn des Seniorchefs, der in der Kriegszeit im Bankkommissariat in Brüssel tätig war. Der zweite ist Herr Siegfried Bieber. Herr Bieber war bis zum Ausbruch des Krieges Direktor der Zweigstelle der Banca commerciale Italiana in London. Während des Krieges war er als Bankkommissar in Brüssel tätig. Mit Herrn Bieber tritt also in den Kreis der Geschäftsinhaber der Handelsgesellschaft ein besonders auf dem Gebiete des internationalen Finanzgeschäfts erfahrener Mann. Seine Berufung dürfte auch wahrscheinlich nicht der einzige Fall bleiben, in dem ein Deutscher, der sich im Auslandsgeschäft bewährt hat und dem jetzt die alten Wirkungsmöglichkeiten unterbunden sind, in die heimische Bank- und Industriewelt an leitende Stelle eintritt.

Bei der Mitteldeutschen Creditbank, deren Umsatz von 20 auf 30 Milliarden angewachsen ist, ist der Gewinn aus Zinsen und Wechseln von 7,1 auf 8,9 Mill. M., der Gewinn aus Provisionen von 3,5 auf 4,4 Mill. M. angewachsen. Auf der Ausgabenseite steht demgegenüber eine Steigerung der Gehälter und Geschäftskosten von 3,6 auf 4,9 Mill. M. und eine Steigerung der Tantiemen der Filialdirektoren, Prokuristen, Depositenkassenvorsteher, sowie der Gratifikationen und Teuerungszulagen an Beamte von 1,1 auf 2,3 Mill. M. Das Ergebnis ist ein mit 4,96 Mill. M. gegenüber dem Vorjahre nahezu unveränderter Reingewinn. Bei der gleichen Dividende bleibt auch der Vortrag mit 124 140 M. ziemlich unverändert. Neben den üblichen Abschreibungen auf Bankgebäude und Mobiliar sind irgendwelche weiteren Rückstellungen nicht ersichtbar. Man darf wohl auch bei der Mitteldeutschen Creditbank annehmen, daß ein auf dem Effekten- und Konsortialkonto erzielter und wie üblich nicht ausgewiesener Gewinn zu Minderbewertungen verwendet worden ist. Nach welchen Grundsätzen insbesondere die Bewertung der von 5,29 Mill. M. auf 15,11 Mill. M. angewachsenen deutschen Staatspapiere und deutschen Stadtanleihen vorgenommen worden ist, vermag man bei der Mitteldeutschen Creditbank ebensowenig zu ersehen, wie bei der Berliner Handelsgesellschaft. — Der Geschäftsbericht der Mitteldeutschen Creditbank führt besonders bewegliche Klage über die Erhöhung der Unkosten

um rund 2,8 Mill. M. gegenüber dem Vorjahre, mit der die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht sei. Zur Kennzeichnung dieser Entwicklung heisst es im Bericht „Während im Jahre 1913 die Geschäftskosten und Steuern 98% des Betrages der an die Aktionäre verteilten Dividende ausmachten, stiegen diese Ausgaben im Berichtsjahr auf 210%.“ Zweifellos ist es ein ernstes Problem für die Bankleitungen, wie ein Ausgleich für die inzwischen ja unbedingt noch weiter angewachsenen Unkosten geschaffen werden kann. Die Vergleichsziffern, die die Mitteldeutsche Creditbank über das Verhältnis der Unkostensumme zur Dividendensumme gibt, erscheint aber recht willkürlich konstruiert und deshalb wenig beweiskräftig. In der Zeit von 1913 bis 1918 hat sich dank des Zustroms der fremden Gelder bei unverändertem Aktienkapital der Geschäftsumfang der Mitteldeutschen Creditbank vervielfacht. Dass diese Ausdehnung der Geschäfte auch ganz abgesehen von den Erhöhungen der Gehälter ausserordentliche Erhöhungen der Geschäftskosten mit sich bringen musste, unterliegt gar keinem Zweifel. Dass diese im Zusammenhang mit der Aufwärtsentwicklung der Geschäfte stehenden Mehrausgaben für Unkosten noch keinen Schaden für die Bank und ihre Aktionäre zu bedeuten brauchen, geht ja am besten daraus hervor, dass die Dividende der Mitteldeutschen Creditbank sich 1918 besser entwickelt hat als 1913. Der sachlichen Erörterung der Fragen der Unkostengestaltung und ihres Ausgleiches wird wenig damit gedient, wenn Ziffern aufgeführt werden, die auf den ersten Blick geeignet sind, eine gewisse suggestive Wirkung auszuüben, deren Beweiskraft aber auf so schwachen Füßen steht, wie es hier der Fall ist.

Neue Bankunternehmungen in Bulgarien.

Herr F. Linke-Gerlach schreibt mir: Die letzten Meldungen aus Bulgarien lassen erkennen, dass die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine aufsteigende Kurve annimmt. Wir wollen gar nicht von den zahlreichen neuen Aktiengründungen reden, die die Errichtung von Bergwerksgesellschaften, Fabriken und anderen Industrieunternehmungen zum Gegenstande haben, aber schon die reinen Bankunternehmungen sind verhältnismässig so zahlreich, dass ohne Zweifel nach Kriegsbeendigung das wirtschaftliche Leben Bulgariens einen Fiebergrad erreichen wird. Das wäre übrigens nur gerechtfertigt angesichts der Stellung, die jetzt dem Königreich Bulgarien auf dem Balkan zukommt. Die Gebietserweiterung dieses jungen Königreiches ist durch dessen Anschluss an die Mittelmächte und den günstigen Gang der Ereignisse um ein erhebliches gestiegen, die wirtschaftlichen Aussichten stellen sich als äusserst günstig dar, und die Finanzverhältnisse zeigen eine Gesundung, die das Beste für die Zukunft erwarten lässt. Bekannt ist, dass schon vor längerer Zeit, deutsche und österreichische Banken sich zusammengetan haben, um die günstige Konstellation auszunützen. Insoweit deutsche und österreichische Banken schon vor dem Kriege in Bulgarien tätig waren, haben sie jetzt durch den Ausbau ihrer dortigen Filialen dafür gesorgt, dass den industriellen und wirtschaftlichen Ansprüchen Bulgariens genüge getan werden kann. Bei den Bankinstituten, die jetzt unter bulgarischer Aegide ins

Leben gerufen werden, sind natürlich deutsche und österreichische Finanzkreise beteiligt, die ja auch die leitenden Persönlichkeiten stellen. Die neuesten Berichte sprechen von der „Bulgarischen Unionbank“, Aktienkapital 5 Mill. Leva, eingeteilt in 50 000 Aktien à 100 Leva (Franken). Diese Gesellschaft wird nicht nur die verschiedenen Zweige des Bankgeschäftes bearbeiten, sondern besonders darauf sehen, ihrem Wirkungskreise schon bestehende Handels- und Industrieunternehmungen anzugliedern, doch gehört in das Arbeitsprogramm dieser Bank auch die Gründung neuer Handels- und Industriefirmen und ihre Finanzierung. Man sieht, dass die Bulgarische Unionbank ihren Aktionsradius ziemlich weit gesteckt hat. Die „Lozarska Banka“ (Winzerbank) ist mit einem Kapital von 1 Mill. Leva ausgerüstet. Wie ihr Name bereits besagt, verfolgt sie die Absicht, den Weinbau im Lande zu fördern und das Weinkommissionsgeschäft zu betreiben. „Rozova Banka“ (Rosenbank) hat vier Mill. Leva Kapital und wird sich vorwiegend mit dem Handel in Rosenöl befassen. Es handelt sich hier um einen in Bulgarien seit Jahrhunderten gepflegten Produktionszweig. Der Rosenöllexport stand im bulgarischen Ausfuhrhandel stets an erster Stelle. Die Rosenpflanzung und die Oelgewinnung könnte aber viel bessere Ergebnisse zeitigen, wenn es möglich wäre, diese Wirtschaftszweige aus ihrem finanziellen Helotenum herauszubringen. Durch die grossen Vorschüsse, die sie von Händlern erhalten, sind die Erzeuger gehalten, diesen Leuten das Produkt nach der Ernte auszuliefern und sich dabei einen Druck auf die Preisbildung gefallen zu lassen, der oft weit über das Zulässige hinausgeht. Ohne Zweifel will die Rosenbank in diese Verhältnisse reformatorisch und ordnend eingreifen. Das wäre auch im Interesse der europäischen Käufer sehr zu wünschen, weil unverfälschtes Rosenöl fast gar nicht mehr zu bekommen ist. Die „Bulgarische Effektenbank“ mit einem Kapital von 3 Mill. Leva ist nur für den Betrieb des reinen Bankgeschäftes errichtet. Dagegen hat die „Bulgarische Orientbank“ ein breiteres Programm. Diese Aktiengesellschaft, die über ein Kapital von über 5 Mill. Leva verfügt, will nebst finanziellen Transaktionen auch mitwirken bei der Errichtung von Handels- und Industrieunternehmungen aller Art. Die „Bulgarische Sparbank“ ist nur mit einem Kapital von 1 Mill. Leva ausgestattet, was für ihr Programm genügt, da sie lediglich eine Sparbank sein will. Mit viel mehr Aplomb tritt die „Bulgarische Bank für internationalen Handel“ auf. Sie ist mit 10 Mill. Levakapital ausgerüstet und will nebst Bank und Börse Operationen im In- und Auslande auch besonders das Immobilien- und Hypothekengeschäft bearbeiten, sowie im Handels- und Kommissionsgeschäft tätig sein. — An der Spitze all dieser Unternehmungen steht, was die Bedeutung des Kapitals betrifft, die „Bulgarische Aktiengesellschaft für Handel und Industrie Belo More“. Sie verfügt über 30 Mill. Goldleva Kapital. Ihr Hauptgeschäft sucht sie in Beteiligungen bei Handels- und Industrieunternehmungen aller Art, wie sie auch die Absicht hat — und hier bringt sie etwas Neues — sich mit Vertretungen zu befassen. Es scheint also, dass diese Bank eine eigene Abteilung errichtet, die dazu bestimmt ist, deutsche und österreichische Fabriken in Bulgarien

zu vertreten. — Die „Bulgarische Forsthandelsbank“ ist eine Spezialbank, die mit 50 Mill. Leva-Kapital arbeiten wird. Das Arbeitsprogramm dieses Instituts ist ein sehr umfangreiches und erstreckt sich namentlich auf folgende Punkte: Kauf, Verkauf und Exploittierung von Wäldern, Handel mit bearbeitetem und unbearbeitetem Holzmaterial, Errichtung verschiedener Fabriken und moderner Werkstätten für die Erzeugung aller Arten Baumaterial, Kreditgewährung an Fabriken, Unternehmungen für Baumaterial, Erzeugung und Vertrieb von allen Forstprodukten, Zellulose, Harz usw., Bankoperationen aller Art, Ausführung von öffentlichen und privaten Bauten, Strassenbauten, Normal- schmalspurigen und Luftbahnen, Ankauf von Schiffen und anderen Transportmitteln für den Transport von Materialien, Ausbeutung und Erforschung von verschiedenen mineralischen und anderen Bodenschätzen und Handel mit einschlägigen Artikeln. — Schliesslich ist noch die „Serdica“ Aktiengesellschaft für Handel und Gewerbe zu erwähnen. Diese Gesellschaft hat die Durchführung von kommerziellen und finanziellen Transaktionen aller Art im Auslande, die Uebernahme von Vertretungen usw. zum Zwecke. Damit ist für den Augenblick die Reihe der neuen Bankunternehmungen geschlossen, doch sprechen alle Anzeichen dafür, dass die Zeit der Neugründungen im Bankgewerbe noch nicht zum Abschluss gekommen ist.

Depositenunsegen. Herr Hans Goslar-Berlin schreibt: Es gab eine Zeit, wo wir alle die Riesensummen von Depositengeldern, die unseren Banken im Kriege zuströmten, mit ehrfürchtigem Staunen ansahen, und es gab viele Leute, die der Meinung waren, dass die Banken aus diesem gewaltigen Zuwachs an Kapitalkraft nun auch entsprechend erhöhte Gewinne ziehen müssten. Heute haben wir das Staunen längst verlernt. Wir kennen die Herkunft dieser Gelder zu genau und wissen, dass es eine pathologische Erscheinung ist, wenn derartige Summen ungebundener Gelder anstatt, wie in gesunden Zeiten, Anlage in Handel und Industrie zu suchen, zu niedrigem Depositenzinsfuss den Banken zufließen. Wir haben aber inzwischen auch eingesehen, dass der Milliardenzuwachs für die Banken eigentlich ein Danaergeschenk ist, keineswegs eine Gabe, deren sie sich mit ungemischtem Gefühlen freuen. Der Natur der Kreditoren nach, die die grossen Reservoirs der Banken, in die sie ununterbrochen aus tausend Kanälen fließen, fast zum Uebertreten des Wasserspiegels bringen, sind diese neuen Gelder zum grossen Teil kurzfristig. Ein Beispiel hierfür bietet der Ausweis der Mitteldeutschen Kreditbank, bei der sich die Gesamtsumme der Kreditoren im Jahre 1918 weiter von 449 Mill. *M.* auf 662 Mill. *M.* gehoben hat. Hiervon sind 445 Mill. *M.* eigentliche Depositengelder (Einlagen auf provisionsfreier Rechnung) von denen 213 Mill. *M.*, also nicht weniger als 48% innerhalb 7 Tagen fällig sind, und weitere 168 Mill. *M.*, gleich 37,7% mit längstens 3 Monaten befristet sind. Es ist klar, dass derartige Mengen kurzfristig belassener Gelder die Dispositionen der Banken ausserordentlich erschweren. Ist es doch ein alter bankgeschäftlicher Grundsatz, dass kurzfristige Einlagen nicht zu erheblich länger befristeten Anlagen verwendet werden können. Und es wird

heute doch mehr denn je jede Bank sich hüten, Gelder, die bei der nervösen Stimmung im Publikum urpötzlich zurückverlangt werden können, so festzulegen, dass nicht ein grosser Prozentsatz sofort zur Verfügung steht. So sieht sich z. B. auch die Mitteldeutsche Kreditbank gezwungen, relativ sehr bedeutende Bar- und Kassenbestände zu halten, mit 53,8 Mill. *M* bereits fast das Dreifache wie noch vor 2 Jahren. Abgesehen hiervon, wird es aber für die Banken immer schwerer, auch für die nicht gerade mit täglicher Kündigung eingelegten Gelder eine nutzbringende Anlage zu finden. Denn ihr Kredit wird in dieser Zeit der inflationistischen Geldfülle nur sehr wenig neu in Anspruch genommen. Prunken doch die meisten alten Kontokorrentkunden, die früher erheblich in der Kreide sassen (dafür allerdings auch bis an die Decke gefüllte Warenlager hatten oder in ihren Fabriken mit Hochbetrieb arbeiteten) mit Kreditsalden, die — wenn auch niedrig — verzinst werden müssen. So bleiben denn die grossen Gewinnsteigerungen, die, wie man früher wohl dachte, mit dem Anwachsen der Kreditoren verbunden sein mussten, im allgemeinen aus. Dafür wird denn auch vernehmlich geklagt über die Ungunst der Zeiten und über die Schwierigkeiten der Heranziehung von lohnenden Anlagen. Und es klagen da gerade die Banken, die es nicht nötig hätten, den Ueberfluss an Depositen als störend hinzustellen, weil sie sich nämlich sozusagen erheblich angestrengt haben, diesen gülden (oder wie man jetzt sagen muss: papierenen) Segen einzuheimsen. So teilt z. B. die Thüringische Landesbank mit, dass sie jetzt 75,4 Mill. *M* fremde Gelder zu verwalten habe gegen 51,5 Mill. *M* im Vorjahre und bemerkt hinterher kummervoll, dass eine nutzbringende Verwertung der flüssigen Mittel im verflossenen und erst recht im neuen Jahr nicht möglich sei, da die Organisationen für die Kriegswirtschaft sich nach und nach auflösen, neuer Kreditbedarf aber so gut wie nicht besteht, da sich Handel und Industrie unter den gegenwärtigen verworrenen Verhältnissen nicht engagieren wollen. Es verbleibe also im wesentlichen die Anlage der Mittel in Schatzwechseln des Reichs und die Bildung sonstiger liquider Guthaben; das habe aber ein weiteres Sinken der Zinsmarge und damit der Verdienstmöglichkeiten im Gefolge. Man braucht keineswegs besonders boshaft voranlagt zu sein, um die Direktion der Bank zu fragen,

warum denn, wenn sie diese traurigen Dinge so schmerzlich empfindet, sie nicht dem neuen Zustrom an Depositen etwas mehr aus dem Wege gegangen ist. Das Unternehmen hat gerade im abgelaufenen Jahr, das ihm fast 25 Mill. *M* neue fremde Gelder gebracht hat, fünf neue Filialen errichtet und ausserdem den Pössnecker Bankverein und den Spar- und Vorschussverein in Leutenberg übernommen! Es ist also zum mindesten eine nicht unverschuldete Last, die sich die Thüringische Landesbank — die übrigens nur über 3 Mill. *M* Aktienkapital verfügt — mit den neuen 25 Mill. fremder Gelder aufgeladen hat. — Es ist eine seltsame Zeit; die Begriffe von Gut und Böse erscheinen vielfach umgekehrt, und schöne Dinge, wie Depositengelder, von denen die Banken früher nicht genug bekommen konnten und um die sich in ihren nachgerade wie Pilze aus dem Boden emporgeschossenen Depositenkassen, Filialen und Agenturen sozusagen ein Bein ausrissen, werden heute schon mit scheelen Augen als Ketten am Fuss angesehen. Und so mancher Bankleiter wird erleichtert aufatmen, wenn er nicht mehr gezwungen sein wird, seine Dispositionen auf Gelder einzustellen, die zwar schnell ihm zuflüssen, die aber jeder Sturmwind ebenso rasch wieder aus seiner Kasse entführen kann.*

Börse und Geldmarkt.

An der Börse herrscht seit einiger Zeit eine ziemlich stark ausgeprägte Apathie. Es zeigt sich immer deutlicher, dass, selbst wenn Aussichten für die Besserung der politischen und wirtschaftlichen Lage vorhanden wären, an ein Wiederaufflackern der Unternehmungslust nicht eher zu denken ist, als bis Gewissheit über die Steuerpläne der Regierung geschaffen ist. Es liegt in der Natur der Börse, dass sie alles andere eher verträgt als eine lange währende drückende Ungewissheit. Es fragt sich, ob auch dieses Mal, wenn endlich in vollem Umfang zu übersehen sein wird, wie grosse Blutmengen der grosse Operateur Schiffer dem schon jetzt in schreckhaftem Schüttelfrost bebendem Organismus entziehen will, es sich herausstellen wird, dass die allerschlimmsten Befürchtungen über das Ziel hinausgegangen sind. Eine schnelle Erholung wird allerdings auch technisch schon dadurch erschwert, dass eine Kontermine an der Börse nicht mehr vorhanden ist.

Es ist nicht zu leugnen, dass die nunmehr bekannt-

Warenmarktpreise für Februar 1919.

	3.	10.	18.	24	28.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 2)	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	237 $\frac{1}{2}$	cts. per bushel
Mais Chicago	128 $\frac{1}{8}$	120 $\frac{1}{2}$	128,00	132 $\frac{1}{2}$	131 $\frac{1}{2}$	cts. per bushel
Kupfer, standard London	87,50	80 00	74,50	74,50	75 00	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	103—105	90—100	90—100	84—90	78—82	£ per ton
Zinn London	246,00	225,50	204,00	212,50	230,00	£ per ton
Zink London	41,50—49,00	40,00—48,00	40,00—48,00	38 00—45,00	37,00—41,00	£ per ton
Blei London	28,50—30,00	25,00—29,00	20 25	24,50—27,50	23 $\frac{1}{2}$ —28	£ per ton
Weissblech London	32/6	33/3	33/3	33/3	33/3	sb/d per ton
Silber London	48 $\frac{7}{16}$	48 $\frac{7}{8}$	48 $\frac{7}{8}$	47 $\frac{3}{4}$	47 $\frac{3}{4}$	d per Unze
Baumwolle loco New York	27,85	—	26,20	25,90	26,00	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	16,80	16,52	17,44	18 05	18 00	d per Pfd.
Schmalz Chicago	24,40	23,80	24,50	25,72 $\frac{1}{2}$	24,30	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	17,25	17,25	17,25	17,25	17 25	cts. per Gallone
Kaffee New York Rio Nr. 7	15 $\frac{1}{4}$	15 $\frac{1}{8}$	15 $\frac{3}{8}$	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	cts. per Pfd.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor. -)

Montag, 31. März	G. V.: Braunschweigische Maschinenbau-Akt.-Ges., Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik Bing, Ver.Märkische Tuchfabriken, Thüringische Portland-Cementfabrik Prüssing, Rümelingen St. Ingberter Hochofen-Akt.-Ges., Eisenwerk Wülfel.
Dienstag, 1. April	G. - V.: Norddeutsche Grundcredibank.
Mittwoch, 2. April	G. - V.: Böddinghaus Reimann & Co., Gardinenfabrik Plauen, Siegen-Solinger Gussstahlfabrik, Eisenwerk München Kiessing-Moradelli.
Donnerstag, 3. April	Ionage-Bericht. — Bankausweis London, Paris. — G. - V.: Badische Bank, Kammgarnspinnerei Düsseldorf, Bedburger Wollindustrie. — Bilanzsitzung der Nationalbank für Deutschland.
Freitag, 4. April	Reichsbankausweis. — G. - V.: Hallescher Bankverein, Kulisch, Kämpf & Co., Fränkische Schuhwarenfabriken, Aلسen-sche Portland-Cementfabriken.
Sonnabend, 5. April	Bankausweis New York. — G. - V.: Berliner Handels-Gesellschaft, Spinnerei Vorwärts, J. Frerichs Schiffswerft, Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm, Essener Steinkohlenbergwerke, Loeb-Werke Akt.-Ges., R. Frister Akt.-Ges., Allgemeine Gas-Akt.-Ges. Magdeburg.
Montag, 7. April	G. - V.: Deutsche Hypothekenbank Meiningen, Terrain-Akt.-Ges. Niederschönhausen.
Dienstag, 8. April	G. V.: Berlin-Gubener Hutfabrik.

Ausserdem zu achten auf:
Abschlüsse und Bilanzen von Banken.
Verlosungen:
31. März: Braunschweiger 20 Taler (1868), Freiburger 50 Fr. (1887), Lenzburger 40 Fr. (1885). 1. April: Bulgarische Rote Kreuz (1912), Rotterdamer 3% 100 Gld. (1868), Stuhlweissenburg - Raab - Grazer Eisenbahn 2 1/2% 100 Taler, Theiss-Regulierung 4% 100 Gld. (1880), Türkische 400 Fr. (1870). 5. April: Credit foncier de France 2 3/8% Communal-Obligationen (1879, 1899), 3% Communal-Oblig. (1880) und v. 1891 3% Pfandbriefe (1909), 2 1/2% Pariser 400 Fr. (1894/96), 3% Pariser 300 Fr. (1912). 8. April: 2% Brüsseler Maritime 100 Fr. (189).

*) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In Kursiv-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

gewordenen Bestimmungen des Brüsseler Finanzabkommens auf alle wirtschaftlich nicht ganz oberflächlich denkenden Kreise stark verstimmend eingewirkt hat. Es ist ausserordentlich enttäuschend und ernüchternd, dass wir, wenn wir denn schon im April Frieden erhalten sollen, bis zum Herbst in unserer Nahrungsmittelfuhr selbst von den neutralen Ländern so stark beschränkt

sein sollen, dass auf eine Herabdrückung der Kosten unserer Lebenshaltung und auf eine wesentliche Heraufsetzung unserer kläglich geringen Portionen für das Jahr 1919 nicht mehr ernsthaft zu rechnen sein kann. Das ist im Interesse unseres Volkes, das zu seiner körperlichen (und der damit im allerengsten Zusammenhang stehenden seelischen) Gesundung ganz andere Lebensmittelfuhren braucht, als man sie uns zugestanden hat, aufs tiefste zu bedauern, es bedeutet aber auch eine kaum wegräumbare Schwierigkeit für die Wiederaufnahme des Exportes, auf den die Entente so grossen Wert legt. Denn wenn wir schon ihr und den Neutralen Rohstoffe und Fabrikate senden sollen, so müssen wir dies, um nicht Konflikte hervorzurufen, auch zu diskutablen Preisen tun können. Heute ist das nun nicht möglich, da jede normale kaufmännische Kalkulation durch die ständigen erzwungenen Lohnerhöhungen zunichte gemacht wird. Immer wieder aber ist hier betont worden, dass, will man den Versuch machen, das Lohn- und Preisniveau endlich einmal zu drücken, billigere und reichlichere Lebensmittel die Voraussetzung sein müssen.

Das Allerniederdrückendste aber vom finanziellen und politischen Standpunkt aus ist die ganz unvehülft und brutal zutage tretende Ansicht der Entente, dass Deutschland ein Land geworden ist, dessen wertvolle Aktiva nicht mehr ihm, sondern den alliierten Regierungen gehören und dessen Finanzkuratel mit aller Schärfe aufrechterhalten und durchgeführt werden muss. Man lässt uns ja auch grossmütig die Wertpapiere, die nach Ansicht der Entente heute einen guten Weltmarktwert nicht mehr besitzen also die Papiere unserer verflorenen Bundesgenossen, auf die wir indes wohl in den neutralen Ländern kaum sehr grosse Kredite aufbauen können. Es ist übrigens, das soll hier noch bemerkt werden, recht auffallend, dass die Entente uns die türkischen Papiere belässt. Man kann nämlich dadurch auf den Gedanken kommen, dass sie die Absicht hat, für die in ihrem Besitz befindlichen Anleihen ein gesondertes Abkommen mit der Türkei zu treffen, das natürlich dann, da wir ja die Besiegten sind, einem etwa später von uns und Oesterreich mit den Türken zu treffenden Arrangement vorausgehen würde. Ob ein solches Vorgehen, vom allgemein-finanzpolitischen Standpunkt aus betrachtet, besonders klug ist, bleibt noch zweifelhaft. Richtiger erschiene es jedenfalls, wenn sämtliche Forderungen an die Türkei in einer Hand zusammengefasst würden — selbstverständlich unter Wahrung der Interessen der einzelnen Gläubigerländer — und wenn dann von Grund auf an eine Regelung der finanziellen Verhältnisse der Türkei herangegangen würde, die heute, abgesehen von dem wirtschaftlichen Niederbruch des Landes, schon deshalb einer einheitlichen Regelung auf der Friedenskonferenz bedürfen, weil nur dort entschieden werden kann, welche Beträge der türkischen Staatsschuld die abzutrennenden Gebiete zu übernehmen haben, resp. ob ein für diese Abtretungen schätzungsweise festzusetzender Wert auf die Kriegsentschädigungs- und Anleiheschuldenforderungen der Entente an die Türkei verrechnet werden soll.

Der Notenschmuggel nach Belgien auf dem Umwege über Holland hat vor kurzem den Erlass des Gesetzes über den Verbot des Agiotagehandels mit deutschen Banknoten und im Anschluss daran die auf dem Verwaltungs-

wege festgesetzte Versprechung einer Belohnung von zehn Prozent des beschlagnahmten Kapitals bei Aufdeckung von Vergehen gegen das Verbot des Agiohandels und Notenschmuggels zur Folge gehabt. Unnötig zu sagen, dass die Verfügungen wieder einmal um Monate zu spät kamen. Unnötig geworden sind sie auch jetzt allerdings noch nicht; denn die Auswanderung deutscher Noten nach Belgien geht nach wie vor weiter vorstatten. Es ist nicht recht glaubhaft, dass für jetzt noch die Verlockung zugrunde liegt, 1000 *M* deutsches Geld für 1250 Frs. umgetauscht zu erhalten. Denn ein Umtausch der Noten scheint jetzt nicht mehr in Belgien stattzufinden. — wenn er auch trotz des lebhaften und berechtigten Protestes der deutschen Regierung weit länger vorgenommen worden ist, als Belgien es angekündigt hatte, und wenn auch dabei neben dem ursprünglich in Belgien umlaufenden Material grosse Mengen in das Land geschmuggelter Ware unter ziemlich offener Tolerierung der belgischen Regierung (auf unsere Kosten) mit umgetauscht worden sind. So sind wir denn auch zu der erschreckend hohen Summe von 7 Milliarden Mark Noten gekommen, die heute, nach einer neuen Mitteilung der belgischen Regierung, insgesamt dort umgetauscht resp. zum Umtausch angemeldet worden sind. Höchstens 3 bis 3½ Milliarden Mark können davon aus den während der Okkupationszeit im Lande umlaufenden Beträgen stammen. Die Herkunft aller übrigen Noten ist ganz in Dunkel gehüllt, und es kann sich hier nur um geschmuggelte Notenmengen handeln. Bei uns ist vielfach die Ansicht verbreitet, dass wir uns verpflichtet hätten, diese uns von Belgien präsentierte Notenumtausch-Rechnung in Gold zu bezahlen. Das ist indes nicht der Fall, und dazu würde unser Goldschatz gar nicht entfernt ausreichen, ganz abgesehen davon, dass natürlich die Entente gar nicht daran denkt, den gesamten deutschen Goldbestand gerade Belgien in die Hand zu spielen. Wir müssen aber die deutschen Noten auf Grund der alten Friedensparität von 100 Fr. = 81 M., resp. 100 M. = 125 Fr. in Frankenvoluta einlösen. Das bedeutet, dass wir, falls wirklich die Summe von 7 Milliarden Mark von unseren Unterhändlern als Grundlage akzeptiert werden sollte und falls sie nicht — was man unbedingt von ihnen erwarten sollte — es strikt ablehnen sollten, für Summen aufzukommen, die nur dadurch zustande kommen konnten, dass die belgische Regierung gegenüber

dem skandalösen Notenschmuggel beide Augen zudrückte, die 7 Milliarden deutsche Noten mit 8,75 Milliarden Fr. bezahlen müssen. Und dass wir, wenn wir uns nicht einen Teil dieser Beträge durch Verrechnungen und Heranziehung fremder Guthaben verschaffen können, beim jetzigen Valutastand mehr als 15,3 Milliarden *M* für diese 8¾ Milliarden Fr. aufzuwenden hätten, also rund 8,3 Milliarden *M* einbüßen würden! Es kann darum nicht dringend genug gefordert werden, dass hier ganz energische Versuche gemacht werden, die Situation für uns wesentlich zu verbessern. — Wenn oben gesagt worden ist, dass auch heute noch deutsche Noten in Menge nach Belgien kommen, so kann es sich jetzt wohl in der Hauptsache um Kapitalverschiebungen aus Steuerscheu (Einlegen der Reichsmarknoten in Banksafes oder Ankauf neutraler, aber auch deutscher Effekten, die ebenfalls dort deponiert werden) handeln.

Das Interesse für fremde Coupons, die, wie man annimmt, nicht von der Regierung übernommen werden und die — trotz der vielfach vorhandenen Schwierigkeiten der Abstempelung und der fehlenden Lieferungsfähigkeit — als brauchbare Zahlungsmittel bei der Wiederanknüpfung von Beziehungen im Ausland angesehen werden, hält nach wie vor an. Auch die Aktien der Unternehmungen, die grosse Besitztümer in der französischen Zone liegen haben, sind noch immer recht begehrt. Ebenso steht es mit den Kolonialwerten, die seit einiger Zeit eine regelrechte Hausse durchmachen. Diese Werte fallen nicht unter die fremden Werte, auf welche die Regierung ihre Hand legt. Es wäre ja dies auch undenkbar, da gerade die neue Regierung sich bereits energisch für die Erhaltung unseres Kolonialbesitzes ausgesprochen hat, und die Uebereignung unserer grossen kolonialen Unternehmungen in praxi einer Ausschaltung des deutschen Elementes aus unseren Kolonien gleichkäme. Der Grund für das Interesse der Börse an den Kolonialwerten scheint in den Nachrichten über das gute Prosperieren der meisten Gesellschaften im Kriege zu liegen, über das in den letzten Wochen genauere Nachrichten eingelaufen sind. Auch spielt vielleicht die Ansicht eine Rolle, dass die afrikanischen Gesellschaften doch vor den befürchteten radikalen steuerlichen und Sozialisierungszugriffen der Regierung weit besser geschützt sind als deutsche Unternehmungen. Aber auch derartige Hoffnungen können täuschen.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlags zu beziehen.)

Die Bilanz des russischen Bolschewismus. Auf Grund authentischer Quellen dargestellt von Dimitry Gawronsky, Delegierter der russischen Sozialrevolutionären Partei zur internationalen Sozialistischen Konferenz. Verlegt bei Paul Cassirer, Berlin. Preis *M* 2.50.

Strafrecht. Beitrag aus der Praxis zur Ermittlung und Beseitigung der strafrechtlichen Uebelstände, insbesondere zur Ersetzung des Strafgedankens durch den Erziehungsgedanken. Von Justizrat Dr. Johannes

Werthauer, Rechtsanwalt in Berlin. Verlag von Alfred Pulvermacher & Co., Berlin W 30. Preis *M* 4.—

Geleitwort. — Der Strafgedanke entbehrt der sittlichen und rechtlichen Grundlage. — Es gibt keine zu strafende Schuld des Täters. — Der Strafgedanke im Recht ist nicht notwendig und nicht nützlich. — Die Unrichtigkeit der angeblichen Strafrechtzwecke, der gerechten Vergeltung und Prävention. — Die Ausgestaltung des Erziehungsgedankens. — Die Mängel des Strafprozesses.

— Berufsrichter. — Laienrichter. — Rollenverteilung im Strafprozess. — Die Bekräftigungsformel als Scheinheitsmittel. — Die Untersuchungshaft. — Die Mängel des materiellen Strafrechts. — Strafrechtlicher Massenbetrieb. — Die politischen Delikte. — Vergehen gegen den Körper. — Sittlichkeitsdelikte. — Vermögensrechtliche Delikte. — Mängel des Strafvollzugs. — Todesstrafe. — Freiheitsstrafen. — Geldstrafen. — Nachwort und Ausblick.

Ziele und Gefahren der Sozialisierung. Von Bruno Heinemann. Verlag von Karl Curtius, Berlin. Preis *M* 0,50.

Revolutionärer Kommunismus in Russland und die Diktatur des Proletariats. Nach der Broschürenliteratur ihrer geistigen Urheber von Justizrat Klibanski. Herausgegeben vom Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus. Berlin W 35, Lützowstr. 107. Kommissionsverlag Alexander Gröbel. Berlin C 2. Preis *M* 0,80.

Revolutionäre Streitfragen. Heft 8. Der Imperialismus der Bol-schewiki. Von Caesar von Schilling. Preis *M* 0,80.

Revolutionäre Streitfragen. Heft 9. Ist Spartacus besiegt? Der Bolschewismus als weltpolitisches Problem. Von Dr. E. Stadler. Preis *M* 0,80.

Flugschriften aus der Deutschen demokratischen Partei. Des deutschen Volkes Schicksalsstunde. Ein weiterer Vortrag. Von Dr. Richard Seyfert. Verlag von Ernst Wunderlich, Leipzig. Preis *M* 1.—.

Flugschriften aus der Deutschen demokratischen Partei. Demokratie als Staatsgesinnung. Von Dr. Johannes Richter. Verlag von Ernst Wunderlich Leipzig 1919. Preis *M* 1.—.

„Der Spiegel“. Beiträge zur sittlichen und künstlerischen Kultur. Herausgegeben von Robert Precht. Vorwort des Herausgebers. — Diebe. — Freunde. — Spiegelprobleme. — Besinnen wir uns. — Die Bedeutung der Ideen für die Wirtschaft. — Die Chinasierung Deutschlands. — Preis *M* 1.—

Weltgeschichte der neuesten Zeit. 1902—1918. Von Hellmuth Schmidt-Breitung. Leipzig 1919. Wilhelm Engelmann. Preis *M* 4,80.

Die Neugruppierung der Grossmächte 1902—1907. — Die Weltpolitik im fernem Osten und im Stillen Ozean. — Amerika und in Süd- und Mittelafrika. — Die Weltpolitik zwischen Gibraltar und Kalkutta, Odessa und Chartum 1907—1913. — Spannungen und Entspannungen zwischen den Mächten des Dreiverbandes und des Dreiverbandes 1907 bis zum Sommer 1912. — Die Staaten Europas in ihrer inneren Entwicklung bis 1914. — Das Deutsche Reich 1905—1914. — Die übrigen europäischen Grossmächte 1905—1914. — Die mittleren und kleineren Staaten Europas 1905—1914. — Der Weltkrieg. — Ursprung und Ausbruch des Weltkrieges 1913/1914. — Der Eintritt immer neuer Staaten in die Reihe der Kriegführenden. — Die Verschärfung der Gegensätze zwischen dem Dreiverband und den Mittelmächten seit dem Herbst 1912. — Von der Blutat in Serajewo bis zur Kriegserklärung Englands an Deutschland. — Die Welt im Zeichen der Mobilmachung. — Die weiteren Kriegserklärungen des Jahres 1914. — Vom Treubruch Italiens 1915 und Rumäniens 1916 bis zu den Kriegserklärungen des Jahres 1917. — Der Bewegungskrieg im Westen 1914 und die schliessliche Festsetzung der Deutschen in der Frontlinie Nieuport—Noyon—Varenes und östlich der Festungskette Verdun—Bel'fort. — Die französisch-englischen Durchbruchversuche des Jahres 1915. — Die Kämpfe bei Verdun und an der Somme. — Die Kämpfe auf dem östlichen Kriegsschauplatz. — Die Kämpfe nahe den Grenzen. — Der Durchbruch der russischen Front im Weichselgebiet und am Nordabhang der Karpathen. — Das Vordringen der Mittelmächte bis zur Düna und dem Queklgebiet des Njemen und Pripjet. — Die Gegenangriffe der Russen. — Die Kämpfe im Raume Mailand—Jassy—Valona. — Konstantinopel 1914 bis

Januar 1917. — Der weitere Landkrieg in Europa gleichzeitig mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg und der russischen Revolution bis zu den Friedensschlüssen im Osten. — Der Landkrieg in Ausser-Europa und der Seekrieg auf dem Weltmeer. — Der Seekrieg auf den europäischen Gewässern. — Der Luftkrieg.

Die Revolution des Erbrechts. Eine Laien-Studie. Mit einem Vorwort von Professor von Blume. Tübingen. Preis *M* 1,30.

Exerzier-Reglement der Rechtspflege. Von Moritz Meyer, Doktor der Rechte, Landgerichtsrat in Hechingen am Zoller. Kloers Buchhandlung in Tübingen. Preis *M* 2,40.

Vorwort. — Vorbemerkungen. — Die Ausbildung. — Die Rechtsübung im Staate. — Die Staatsordnung. — Die Rechtspflege. — Die Völkergemeinschaft.

Des Schicksals Macht! Astrologische Betrachtungen der Horoskope vom Schicksal hart Geprüfter, wie Wilhelm II. und Hindenburg, nebst Voraussagen für Deutschlands nächste Zukunft. Von Else Ebertin. Verlag Fr. Paul Lorenz, Freiburg in Baden. Preis *M* 0,90.

Die Armee des neuen Staates. (Miliz). — Wehrpflicht. — Soldatenrat. — Offizierskorps. Von Müller-Brandenburg. Verlag Berlin-Zehlendorf-West. Zeitschriften-Verlag. 1919. Preis *M* 1.—.

Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre. Von Dr. Friedrich Aereboe, Kgl. preussischer Landesökonomierat und Geh. Reg.-Rat, a. o. Professor an der Universität Breslau. I. Teil des Lehrbuchs für Landwirte, Volkswirte, Verwaltungsbeamte und Studierende „Die Bewirtschaftung von Landgütern und Grundstücken“. Dritte neubearbeitete Auflage. Berlin 1918. Verlagsbuchhandlung Paul Parey. Preis *M* 22.— zuzüglich 20% Teuerungszuschlag.

Einleitende Betrachtungen. — Stellung und Einteilung der Lehre von der Bewirtschaftung der Landgüter. — Allgemeines über die privatwirtschaftlichen Aufgaben der Landgutswirtschaft. — Die verschiedenen Grössenklassen der Landgutswirtschaft und deren gegenseitige Begrenzung. — Die Betriebsmittel und Betriebszweige der Landgutswirtschaft. — Allgemeines. — Der Grund und Boden und die sogenannten Kulturarten. — Die Gebäude. — Die Grundverbesserungsanlagen im Felde. — Geräte und Maschinen. — Das Zugvieh. — Das Nutztvieh. — Technische Nebengewerbe, Hausindustrie und Verkauf von Boden-erzeugnissen. — Der Privathaushalt des Landwirtes als Abnehmer der Erzeugnisse von Boden, Viehhaltung und technischen Nebenzwecken. — Die Vorräte und das sogenannte umlaufende Betriebskapital. — Die menschlichen Arbeitskräfte der Landgutswirtschaft und ihre Entlohnung. — Die Betriebsorganisation oder die zweckmässigsten Verhältnisse der Betriebsmittel. — Vom günstigen Wirkungsverhältnis der Erzeugungsmittel. — Die bestehenden Einrichtungen und verfügbaren Arbeitskräfte als Ausgangspunkte der Betriebsorganisation. — Das Zusammenwirken der Kulturarten, Ackerfrüchte und Verwertungszweige bei der Arbeitsverteilung. — Das Zusammenwirken der Kulturarten und Ackerfrüchte bei der Boden- und Düngerausnutzung. — Die zweckmässigsten Betriebsformen als Ausgleich der Forderungen von Betriebsmittel und Bodenausnutzung. — Allgemeines über die wirtschaftliche Umgebung der Landgüter. — Allgemeines über den Einfluss der Preisverhältnisse auf die Betriebsformen. — Der Arbeitslohn im Verhältnis zu den Preisen der Erzeugnisse und der Erzeugungsmittel. — Die Betriebsmittelausnutzung im Vergleich zur Bodenausnutzung auf verschiedenen Entwicklungsstufen. — Die Preisverhältnisse in ihrem Einfluss auf die Formen der Bodenausnutzung. — Die natürlichen Verhältnisse in ihrem Einfluss auf die Betriebsformen der Landwirtschaft. — Ueber den Einfluss des Standes der Technik auf die Betriebsorganisation. — Ueber den Einfluss der Besitzverhältnisse auf die Formen und Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe. — Ueber den Einfluss der Feldlagen auf die Betriebsformen. —

Die Lehre von der Betriebsleitung oder von der Persönlichkeit des Landwirtes und seiner wirtschaftlichen Tätigkeit. — Bedeutung der Betriebsleitung. — Die Formen der Betriebsleitung. — Die Vermögensverhältnisse und Geldbeschaffung der Betriebsleitung. — Die persönlichen Anforderungen an den Betriebsleiter. — Die Ausbildung des Betriebsleiters. — Hilfsmittel und Hilfskräfte der Betriebsleitung. — Die Lehren vom Reinertrage und von der Betriebsintensität. — Die Lehre vom Reinertrage der Landgutswirtschaft. — Uebersichten und Leitsätze zur Intensitätslehre. — Register.

Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege. Herausgegeben von Fr. Edler von Braun, Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, in Verbindung mit Prof. Dr. H. Dade, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrats und des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft unter Mitwirkung von von Freier-Hoppenrade, Kammerherr und Ritterschaftsdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und Freiherr von Wangenheim-Kl. Spiegel, Vorsitzender des Bundes der Landwirte und der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern. Berlin 1918. Verlagsbuchhandlung Paul Parey. Preis *M* 17.—

Einleitung. Von Friedrich Edler von Braun. — Die volkswirtschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft. — Die sozialen Grundlagen: Die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land. Bevölkerungspolitik, Militärtauglichkeit. Von Prof. Dr. C. Ballod. — Erbrecht, Besitzwechsel, Besitzverteilung und Besiedlung. Von Prof. Dr. Dade. — Die Gestaltung der Landarbeiterverhältnisse. Von Dr. Arno Hoffmeister. — Die wirtschaftlichen Grundlagen: Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik. Von Dr. Friedrich Zahn. — Die Ernährung des deutschen Volkes. I. Von Geh. Medizinalrat Prof. Max Rubner. — Die Ernährung des deutschen Volkes. II. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Backhaus. — Genossenschaftswesen. I. Genossenschaftswesen im allgemeinen. Von Landesökonomierat Johannsen. — II. Genossenschaftlicher Betriebskredit, Bezug und Absatz. Von Landesökonomierat Dr. O. Rabe. — III. Soziale Wirkungen des Genossenschaftswesens auf dem Lande. Von Regierungsrat Dr. Rang. — Die betriebstechnischen Grundlagen der Landwirtschaft. — Betriebslehre. Das Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren (Wirtschaftsmittel, Wirtschaftseinrichtung, Wirtschaftsleitung, Wirtschaftsberatung). Von Dr. Burg. — Ackerbau. — Saatzeit. Von Geh. Hofrat Dr. W. Edler. — Getreidebau. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. F. Wohlmann. — Kartoffelbau. Von Dr. Störmer. — Die Zuckerrübe. Von Rittergutsbesitzer von Naehrich. — Futterrüben. Von Geh. Oekonomierat Otto Steiger. — Hülsenfrüchte. Von Dr. L. Kiessling. — Gespinstpflanzen. Von Güterdirektor Püschel. — Der Anbau der Oelfrüchte. Von Prof. Dr. Hans Wacker. — Gemüse. Von Amtsrat R. Koch. — Futterpflanzen. Von Prof. Dr. L. Keisslung. — Obstbau und Obstverwertung. Von Garteninspektor Karl Huber. — Pflanzenkrankheiten: Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutz. Von Oberregierungsrat Prof. Dr. L. Hiltner. — Organisation der Schädlingsbekämpfung. Von Universitätsprofessor Dr. K. Escherich. — Fütterungswesen: Allgemeiner Ueberblick. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. N. Zuntz. — Ersatzfuttermittel. Von Wukl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Traugott Mueller und Geh. Regierungsrat Prof. Dr. F. W. Semmler. — Viehzucht: Die Pferdezucht. Von Prof. Dr. C. Kronacher. — Rinder. I. Die Zucht des Niederungsviehes. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Hansen. — II. Höhengvieh. Von Ministerialrat Dr. Attinger. — Milchwirtschaft und Molkereiwesen. Von Direktor Dr. Kurt Teichert. — Die deutsche Schweinezucht nach dem Kriege. Von Oekonomierat E. Zürn. — Die Schafzucht. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Lehmann. — Ziegen. Von Tierzuchtdirektor Dr. G. Wilsdorf. — Geflügelzucht. Von Oekonomie auf Zollkoffer. — Landwirtsch. häftliche Maschinen. Von Prof. Dr. Gustav Fischer. — Düngewesen Ernährung und Düngung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Von Prof. Dr.

O. Lemmermann. — Düngemittel-Industrie: Berichte der deutschen Ammoniak-Verkaufsvereingung, der badischen Anilin- und Sodafabrik, der Reichssticksstoffwerke, des Vereins Deutscher Düngerefabrikanten und des Kalisyndikats. Redigiert von Prof. Dr. O. Lemmermann. — Die Stickstoffindustrie: Schwefelsaures Ammoniak aus Kohle. Nach den Angaben der Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereingung. — Die Stickstoffdüngerefabrikation der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Mitgeteilt von der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. — Der Kalkstickstoff. Von Prof. Dr. N. Caro. — Die Phosphorsäureindustrie: Das Superphosphat. Von Dr. Martin Ullmann. — Das Thomasmehl. — Die Kali-Industrie. Von der Agrikultur-Abteilung des Kalisyndikats G. m. b. H. — Forstwirtschaft. Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Schwappach. — Massnahmen der Landeskultur, Wasserhaushalt im Boden und künstliche Bewässerung. Von Geh. Baurat Prof. E. Krüger. — Urbarmachung von Heiden und Mooren. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Tacke. — Nachtrag zu I. Die volkswirtschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft.

Die Praxis der Handelspolitik. Eine gemeinfassliche Einführung. Von Max Schippel. Band 4 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek. Berlin 1917. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Preis: geb. *M* 3.—, geh. *M* 2.—.

Umfang und Betätigungskreis der Handelspolitik. — Freihandel und Meistbegünstigung. — Zoll und Freihandel in der Wareneinfuhr. — Tarifverträge und autonomer Doppeltarif. — Abstufungen in der Meistbegünstigung. — Die Kolonien in der Handelspolitik. — Zolkkriege und Kampfzölle.

Wirtschaftsanwälte. Von Dr. Heinz Christian Göbel. Zeitbeiträge des Industrie-Kuriers Nr. 1. Berlin 1917. Verlag „Industrie-Kurier“ Jung & Ehrlich. Preis *M* 1.—.

Korporative Vertretung wirtschaftlicher Interessen. — Die Reform der Handelskammern. — Die Buchhandelskammer in Leipzig. — Die Ueberorganisation des Wirtschaftslebens. — Der Wirtschaftsanwalt. — Der Nationalökonom. — Beratungsstellen für Industrie und Handel.

Volksvermögen und Staatskredit in Krieg und Frieden. Von Dr. jur. et rer. pol. M. R. Weyermann, Professor der Nationalökonomie an der Universität Bern. 47. Heft der Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Stuttgart 1918. Verlag von Ferdinand Encke. Preis *M* 5,40.

Der Untersuchungsgegenstand. — Zum Begriff des Volksvermögens. — Aktuelle Verschiedenheiten in Entstehung und Natur von Volksvermögen. — Unterschiedliche Einflüsse der Volksvermögenbeschaffenheit auf die Kreditgabe an den Staat. — Der Staatskredit im Inlande. — Der Staatskredit im Auslande je nach Beschaffenheit des Volksvermögens. — Schlusswort.

Wider den Kleinglauben. Eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vaterlandspartei. Von Hans Delbrück. Die Volksaufklärung. Flugschriften. Herausgegeben von Dr. Martin Hohbohm. Nr. 2. Berlin. Verlag von Hans Robert Engelmann. Preis *M* 0,40.

Werkskonsumententst. Von Robert Schloesser dipl. meic., Berlin. Sonderabdruck aus der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis.“ Nr. 9 der Flugschriften-sammlung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. Köln-Mülheim. Verlag der Verlags- und Versicherungsgesellschaft des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine. Preis *M* 0,10.

Die Tantiemeberechnung bei Aktiengesellschaften nach den neuesten Urteilen des Reichsgerichts. Mit einer Tafel ungerechneter Tantiemesätze und Beispielen zum praktischen Gebrauch. Von Dr. Josef Weisbart, Syndikus der Korporation der Kaufmannschaft zu Berlin. Berlin-Lichterfelde 1918. Verlag der Zeitschrift für allgemeine Rechtskunde „Gesetz und Recht“. Preis: *M* 2.—.

Der Sinn der Tantieme. — Die gesetzlichen Bestimmungen und das Reichsgericht. — Die Grundsätze des

Reichsgerichts in der Praxis. — Beispiele und Formeln. — Die §§ 237 und 245 H. G. B. — Auszug aus dem Urteil des Reichsgerichts vom 11. Januar 1918.

Gold oder Papier? Ein Beitrag zur Währungs- und Valutafrage. Von Dr. rer. pol. Herbert Kann-Essen. Essen 1917. Verlagsbuchhandlung G. D. Baediker. Preis: M 1.40.

Die Stellung der Kartellisten zu unserem jetzigen Geldsystem. — Reformvorschläge zum Uebergang zur Papierwährung. — Die Geldschöpfung. — Möglichkeit einer Loslösung von der Goldwährung. — Unsere Geldpolitik nach dem Kriege und Vorschläge zur Geldverfassung der Uebergangswirtschaft.

Das Schweizerische Finanzproblem. Die Zukunft unserer Bahnen. Zwei Aufsätze. Von Dr. Oscar Baumgartner. Bern 1917. Verlag Ferd. Wyss. Preis: Fr. 1.60.

Die eidgenössische Finanzreform und die wirtschaftliche Lage. — Die Zukunft unserer Bahnen.

Handbuch der Geographie. E. v. Seydlitz'sche Geographie. 26. Bearbeitung des „Grossen Seydlitz“. Unter Mitwirkung von Studienrat Prof. Dr. O. Claus, Univ.-Prof. Dr. E. Friedrich, Dr. R. Reinhard herausgegeben von Prof. Dr. E. Oehlmann. Mit 535 Bildern, Textkarten und Figuren, 27 Buntbildern und 3 farbigen Karten. Breslau 1914. Verlag Ferd. Hirt. Preis: M 8.75.

Geschichte der Geographie. — Länderkunde. — Europa. — Mitteleuropa. — Westeuropa. — Nordeuropas — Osteuropa. — Südeuropa. — Asien. — Vorderasiens — Südasien oder Indien. — Ostasien. — Inner-Hochasiens — Tiefasien. — Indischer Ozean. — Afrika. — Nordrande — Sahara. — Nilgebiet. — Das Gebiet des indischen Ozeans. — Britisches Südafrika. — Gebiet des atlantischen Ozeans. — Nigir- und Tsad-Sudan. — Nord- und Oberguinea. — Senegambien. — Atlantischer Ozean mit dem Nordpolargebiet. — Amerika. — Südamerika. — Tiefländer. — Nordamerika. — Grosser Ozean mit Polynesien. — Australien. — Allgemeine Erdkunde. — Mathematische und astronomische Geographie. — Physische Erdkunde. — Pflanzen- und Tiergeographie. — Erde und Mensch. — Handelsgeographie. — Die Handelsgüter. — Die Umlaufmittel des Handels. — Der Welthandel. — Verkehrskunde.

Das häusliche Glück. Ein Büchlein für Frauen und Mütter mit vollständigem Haushaltungsunterricht. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege Arbeiterwohl München-Gladbach 1918. Volksvereinsverlag. Preis M 1.— Kart.

Mahnwort an junge Hausfrauen. — Die Wohnung. — Die Kleidung. — Das Nähen und Schneidern. — Besorgung der Nahrung. — Vorbereitung zum Kochen. — Das Kochen. — Die Kochkiste. — Die Buchführung. — Die Gesundheit.

Die Kaduzierung von Aktien. Von Dr. jr. Odo Bretting. Halle a. S. 1918. Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses. Preis: M 3.—

Wesen der Kaduzierung. — Voraussetzungen der Kaduzierung. — Das Kaduzierungsverfahren. — Wirkungen der Kaduzierung. — Ordnungswidrige Kaduzierung. Rechtsbehelfe. — Der Rückgriff gegen die Vormänner und der Verkauf des Anteilsrechts.

Compass. Finanzielles Jahrbuch für Oesterreich-Ungarn. Gegründet von Gustav Leonhardt, Generalsekretär der Oesterreichisch-ungarischen Bank. 1918 herausgegeben von Rudolf Hanel. 51. Jahrgang. I.—III. Band. Wien 1917. Compass-Verlag. Preis M 37.—

Anleihen und Lose. — Allgemeine Staatsschuld. Oesterreichische Staatsschulden. Ungarische Staatsschulden. Andere öffentliche Anleihen. Lose. Fremde Anleihen. — Währungsverhältnisse in Oesterreich-Ungarn. — Banken und Kreditinstitute. Oesterreich-ungarische Bank. — Staatliche Institute. Kriegskreditinstitute. Hypothekarinstitute. Aktiengesellschaften. Landes- und

andere Hypothekarinstitute. Andere Banken in Oesterreich-Ungarn. Oesterreichische Banken als Ges. m. b. H. — Bankerbuch. — Zahlstellen. — Uebersicht über den Inhalt des II. Bandes.

Die Wiener Commercial-Leih- und Wechselbank (1787—1830). Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Aktienbankwesens. Von Dr. Fritz Rager. Wien 1918. Verlag Alfred Hölder. Preis K. 5.—

Einleitung: Zur Vorgeschichte des Kapitalismus in Oesterreich. — Das erste Privileg (1787—1792) der Commercial-Leih- und Wechselbank. — Das zweite Privileg (1792—1812). — Geschichte der Liquidierung. (1812—1830).

Bildet eine Zuwendung, die die Generalversammlung aus dem Reingewinn einem selbständigen Wohlfahrts-Institut gewährt, eine Rücklage für die Aktiengesellschaft. Von Dr. jur. n. c. Robert Esser, Geh. Justizrat, Köln. Bonn 1918. A. Marcus und E. Webers Verlag. Preis M 0,50.

Die deutsche Zentrumspartei. Von J. Meerfeld, M. d. R. 3. Band der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek. Berlin 1918. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Preis: geb. M 3.—, geh. M 2.—

Die Vorgeschichte. — Das Zentrum entsteht. — Kulturkampf und Ultramontanismus. — Die Politik des Zentrums. — Die Organisation. — Das Ringen um die Arbeiterseele. — Innere Kämpfe. — Während des Krieges. — Ein Ruck der Partei nach links. — Ausblick in die Zukunft.

Die Schrift der linken Hand. Methodische Grundsätze der linkshändigen Schrift. Vom Fachlehrer Rudolf Herbst. Mit 40 Schriftbeispielen und einer Skizze, 25 Schriftproben von Linkshändern, 26 ornamentalen Uebungen. Leipzig 1917. Kurt Viewegs Verlag. Preis: M 2.—

Konfessionelle Militärstatistik. Von R. E. May. 13. Heft der Schrift Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen 1917. Verlag J. C. B. Mohr. Preis M 2,60.

Zweck der Untersuchung. — Der Prozentsatz der Konfessionsangehörigen im stehenden Heere, in den höheren Schulen und bei den Einjährigen. — Stadt- und Landgeburts- und Militärtauglichkeit. — Der Altersaufbau der Religionsgemeinschaften. — Die Ursachen des verschiedenen Altersaufbaues der Religionsgemeinschaften. — Der Aufenthalt im Ausland bei Kriegeausbruch als Behinderung der Gestellung. — Der Einfluss des Religionswechsels und der Mischehen auf den Prozentsatz der Konfessionsangehörigen im Heere. — Die Wirkung der Stadt- und Landgeburts- und des Berufs auf die Verwendungsfähigkeit. — Das Gefahrenrisiko der Heeresangehörigen der drei Konfessionen. — Die Verteilung der geistigen Waffen. — Schlussbetrachtung.

Afrikanische Wirtschaftsstudien. Die natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens in Südafrika. Die Wasserkräfte Afrikas. Von Prof. Dr. Karl Dove. Heft 4 der Schrift Hamburgische Forschungen. Wirtschaftliche und politische Studien aus hanseatischem Interessengebiet. Herausgegeben von K. Rathgen und F. Stuhlmann. Hamburg, Braunschweig, Berlin. Verlag von Georg Westermann. Preis M 4.—

Die natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens in Südafrika. — Mineralien. — Der Aufbau des Landes. — Das Klima. — Das Wasser. — Die Pflanzenwelt. — Die Tierwelt. — Die Bevölkerung. — Literatur. — Hauptarten von Gütern. — Gesamtausfuhr. — Graphische Darstellung der wichtigsten Ausfuhrgegenstände Britisch-Südafrikas. — Die Wasserkräfte Afrikas.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt der Vossischen Zeitung bei, worauf wir an dieser Stelle noch besonders hinweisen.

Anzeigen des Plutus.

Berliner Handels-Gesellschaft.

Geschäftsbericht für 1918. Bericht der Geschäftsinhaber.

Wir schlagen vor, für das Geschäftsjahr 1918 acht vom Hundert als Gewinnanteil auf das Kapital von 110 000 000 M. anzuschütten.

1. Kommandit-Kapital und Rücklagen.

Das Kommandit-Kapital und die Rücklagen haben am 31. Dezember 1918 betragen

Kommandit-Kapital	M. 110 000 000,—
Rücklagen	„ 34 500 000,—
	M. 144 500 000,—

Die im Berichtsjahr erzielten Gewinne stellten sich auf 17 604 329,23 M. gegen 16 294 424,64 M. im Vorjahr und nach Abzug der aus der Jahresrechnung ersichtlichen Unkosten, Pensionskassenbeiträge und Steuern von 5 763 572,43 M. (i. V. 4 429 613,80 M.) auf 11 840 756,80 M. gegen 11 864 810,84 M. im Vorjahr. Einschliesslich des Vortrages von 2 688 195,93 M. bleibt ein bilanzmässiger Reingewinn von 14 528 952,73 M. gegen 13 365 461,37 M. im Vorjahr verfügbar.

Wir beantragen, ihn wie folgt zu verteilen:

8% Gewinnanteil auf das Kommandit-Kapital von 110 000 000 M.	M. 8 800 000,—
Gewinnanteil:	
des Verwaltungsrats	„ 375 333,66
der Geschäftsinhaber	„ 719 389,55
der Prokuranten und einzelner Angestellter „	„ 760 838,—
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	„ 3 873 391,52
	M. 14 528 952,73

2. Wechsel und Zinsen-Konto.

Der Bestand des Wechsel-Kontos betrug

am 1. Januar 1918	M. 139 718 913,63
Zugang auf Wechsel- u. Zinsen-Konto 1918 „	„ 4 671 237 694,09
	M. 4 810 956 607,72
Abgang auf Wechsel- u. Zinsen-Konto 1918 „	„ 4 671 869 266,92
	M. 139 087 340,80
Bestand an Wechseln am 31. Dez. 1918 „	„ 151 121 843,50
mithin Gewinn	M. 12 034 502,70

3. Wertpapier- und Konsortial-Konto.

Der Bestand des Wertpapier- und Konsortial-Kontos einschliesslich der reportierten Wertpapiere betrug am 1. Januar 1918

.	M. 93 336 779,09
Zugang 1918	„ 1 104 974 378,48
	M. 1 198 311 157,57
Abgang 1918	„ 1 063 313 445,60
	M. 134 997 711,97

Bestand am 31. Dezember 1918

an eigenen Wertpapieren M.	98 506 915,60
Saldo d. Konsortial-Kto. „	32 678 790,92
	M. 131 185 706,52
Restliche M.	3 812 005,45

betreffen Abrechnungen über nach dem 31. Dezember 1918 abzuliefernde Wertpapiere.

Der Bestand an eigenen Wertpapieren am 31. Dezember 1918 setzte sich zusammen aus:

Auleihen des Reichs und der Bundesstaaten,

davon:

Schatzanweisungen mit festem Verfalltermin	M. 38 170 343,10
Auslosbare Schatzanweisungen	„ 25 877 755,50
Renten	„ 16 723 586,80
Sonstigen Wertpapieren, davon:	
Staatspapiere, Pfandbriefe und Schuldverschreibungen v. Eisenbahnen und industriellen Gesellschaften	M. 7 319 850,90
Eisenbahn-Aktien	„ 1 331 483,50
Bank- u. Industrie-Aktien	„ 9 084 395,80
	M. 17 735 230,20
	M. 98 506 915,60

4. Dauernde Beteiligungen bei Banken und Bankfirmen.
Der Betrag dieser Beteiligungen ist unverändert geblieben.

ab mit einem Habensaldo von	M. 61 251 552,55
Zugang 1918	„ 12 912 562 541,50
	M. 12 851 310 988,95
Abgang 1918	„ 12 973 639 169,16

Habensaldo am 31. Dezember 1918 M. 122 328 180,21
Dieser Saldo setzt sich zusammen aus:

Schuldnern:

Gedechte Schuldner	M. 325 432 086,54
Nostro-Guthaben	„ 23 569 352,92
Ungedechte Schuldner	„ 98 318 571,66
	M. 447 320 011,12

Gläubigern:

mit vereinbarter Verfallzeit	320 839 920,41
ohne vereinbarte Verfallzeit	248 808 270,92
	569 648 191,33
Habensaldo wie oben M.	122 328 180,21

Ende Dezember 1918 betrug unsere Akzeptie M. 42 761 293,90, wovon M. 32 974 383,92 gegen Guthaben oder Unterlagen gezogen waren.

Unsere Avalakzeptie und Bürgschaften beliefen sich am 31. Dezember 1918 auf M. 63 766 595,42.

6. Bankgebäude.

Das Konto „Bankgebäude“ hat keine Aenderung erfahren.

7. Kassen- und Gesamtumsatz.

Der Bestand der Hauptkasse betrug am

1. Januar 1918	M. 11 949 072,48
Zugang 1918	„ 9 354 088 667,37
	M. 9 366 037 739,85
Abgang 1918	„ 9 349 087 710,65
Bestand am 31. Dezember 1918	M. 16 950 029,20
Hierzu Bestand der Kuponkasse	„ 1 828 999,60

so daß am 31. Dezember 1918 die Kassenbestände M. 18 779 028,80 betragen.

Der tägliche Umsatz an unserer Hauptkasse belief sich durchschnittlich auf M. 31 180 000 gegen M. 18 186 000 im Jahre 1917.

Der Umsatz an unserer Kuponkasse betrug im vergangenen Geschäftsjahr 158 099 387,29 M. gegen 132 104 747,30 M. im Jahre 1917.

Die Gesamtumsätze von einer Seite des Hauptbuchs stellten sich auf 29 198 120 001,81 M. gegen 18 158 575 298,18 M. im Vorjahr.

8. Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Der im abgelauteten Geschäftsjahr erzielte Gewinn setzt sich wie folgt zusammen:

Zinsertrag nach Abzug der gezahlten Zinsen sowie Ertrag aus Wechseln, Devisen und Sorten	M. 12 034 502,70
Provisionen	„ 5 569 826,53
	M. 17 604 329,23
Nach Kürzung der Verwaltungskosten und Steuern	M. 5 483 211,23
sowie der Pensionskassenbeiträge	„ 280 361,20
	M. 5 763 572,43
	M. 11 840 756,80

verbleiben zuzüglich des Vortrages aus 1917 von „ 2 688 195,93
als Reingewinn M. 14 528 952,73

9. Pensionskassen und Stiftungen.

Die zu der rechtsfähigen Pensionskasse und der Pensions-Zuschusskasse geleisteten Beiträge belaufen sich auf 304 686,65 M. Wie bisher werden wir auch für das Jahr 1919 die Zahlung der von den Angestellten zu entrichtenden Beiträge übernehmen.

An Pensionen wurden im Jahre 1918 211 840,40 M. von der Pensions-Zuschusskasse ausgezahlt. Dagegen vereinnahmte diese Kasse 345 236,45 M.

Das Vermögen der beiden Pensionskassen betrug am 31. Dezember 1918 3 990 011,28 M.

Die neben den beiden Pensionskassen bestehenden drei Stiftungen für unsere Angestellten haben ein Vermögen von 228 287,51 M.

Berlin, im Februar 1919.

Berliner Handels-Gesellschaft

Deutsche Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien

Aktiva.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Passiva.

	M.	Pf.	M.	Pf.		M.	Pf.	M.	Pf.
Kasse, sowie Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken			40 326 688	75	Aktienkapital			33 000 000	—
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen					Reserven				
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	97 202 383	60			a) Reservefonds	4 200 000	—		
b) eigene Akzepte	—	—			b) Spez.-Res.-F.	700 000	—	5 400 000	—
c) eigene Ziehungen	144 368	80			c) Kriegssteuerlage	500 000	—		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	182 256	41	97 529 008	81	Beamten-Unterstützungsfonds			150 000	—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			71 514 630	24	Kreditoren				
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			47 988 899	91	a) Nostroverpflichtungen	739 375	84		
Vorschüsse auf Waren und Warenversciffungen			7 901 414	62	b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	1 535 062	15		
davon am Bilanztage gedeckt:					c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	9 876 554	47		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine M. 7 183 971,55					d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung				
b) durch andere Sicherheiten M. 717 443,07					1. innerhalb				
Eigene Wertpapiere					7 Tag. fällig M. 52 954 188,23				
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	10 898 941	66			2. darüb.hinaus				
b) sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	879 330	35			bis zu 3 Mo-				
c) sonst. börsengäng. Wertpapiere	3 509 784	10			naten fällig „ 34 237 781,08				
d) sonstige Wertpapiere	1 043 993	68	16 332 049	79	3. nach 3 Mo-				
Konsortial-Beteiligungen			3 464 193	81	naten fällig „ 66 939 667,54	154131636	85		
Dauernde Beteiligungen					e) sonstige Kreditoren				
a) bei and. Banken u. Bankfirmen	1 135 937	50			1. innerhalb				
b) bei anderen Unternehmungen	2 912 815	33	4 048 752	83	7 Tag. fällig M. 65 815 039,29				
Debitoren in laufender Rechnung:					2. darüb.hinaus				
a) gedeckte	33 654 337	61			bis zu 3 Mo-				
b) ungedeckte	18 201 947	70	51 856 285	31	naten fällig „ 52 573 587,92				
Aval- u. Bürgschaftsdebitoren					3. nach 3 Mo-				
M. 14 479 879,20					naten fällig „ 16 204 864,96	134593492	17	300 876 121	48
Bankgebäude	6 406 745	28			Akzente und Schecks				
Bisherige Abschreibungen	1 406 745	28	5 000 000	—	a) Akzente	1 801 241	80		
Sonstige Aktiva					b) noch nicht eingelöste Schecks	522 820	61	2 324 062	41
Mobilien und Stahlkammer-einrichtungen			24	—	Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen M. 14 479 879,20				
			345 961 948	07	Eig. Ziehungen M. 144 368,80, davon für Rechnung Dritter M. —.—				
					Weitergegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank M. —.—				
					Sonstige Passiva				
					Unerhobene Dividenden	19 375	—		
					Uebergangsposten d. Zentrale u. d. Filialen untereinander	571 733	10	591 108	10
					Reingewinn			3 620 656	08
								345 961 948	07

Ausgaben.

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1918.

Einnahmen.

Allgemeine Unkosten	M.	Pf.			Vortrag	M.	Pf.	
Gehälter	892 051	58			Zinsen, abzüglich der gezahlten	231 335	14	
Steuern	2 033 434	99			Provisionen, abzüglich der gezahlten	5 105 825	45	
Verlust auf Wertpapiere	1 154 920	22			Gewinn auf fremde Wechsel, Coupons, Sorten	2 838 154	09	
Abschreibungen auf Mobilien	445 407	07			Mieteinnahmen	76 916	63	
„ Bankgebäude	39 976	—				101 116	55	
Reingewinn	166 901	92						
	3 620 656	08						
	8 353 347	86					8 353 347	86

Die auf 7% festgesetzte Dividende gelangt vom 21. d. M. ab an den Kassen unserer Gesellschaft, sowie in Berlin bei der Bank für Handel und Industrie und ihren sämtlichen Niederlassungen, bei der Berliner Handelsgesellschaft, bei dem Bankhause S. Bleichröder, bei der Nationalbank für Deutschland, in Hamburg bei den Herren M. M. Warburg & Co. zur Auszahlung.

Bremen, 20. März 1919.

Deutsche Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien:
Hincke. Meininghaus. Dr. A. Strube.

